

Einwohnerratssitzung 2008/2009

Protokoll Nr. 9

Sitzungsdatum ***25. Juni 2009***
Sitzungszeit 13:30 Uhr – 19:00 Uhr
Ort Pilatussaal, Luzernerstrasse 15, 6010 Kriens

Protokoll Yvonne Rösli
Direktwahl 041 329 63 09 25. Juni 2009 ry

Anwesend

Präsident
Einwohnerrat

Bienz Bruno
31 Mitglieder
Camenisch Räto (ab 14:45 Uhr)
Erni Roger (bis 18:30 Uhr)
Hauser Bernadette (ab 15:50 Uhr)
Maldonado Jennifer (bis 17:45 Uhr)

Gemeinderat
Gemeindeschreiber

5 Mitglieder
Lothar Sidler (bis 15:45 Uhr)
Solari Guido

Protokoll

Rösli Yvonne
Burkhart Petra

Entschuldigt

Einwohnerrat

Achermann Marco
Nyfeler Nicole
Piazza Daniel
Rey Louis

Traktanden

- | | | | |
|----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 386 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 7</u> vom 19. März 2009 | | Seite 387 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Teilrevision Ortsplanung 2009
<i>1. Lesung</i> | Nr. 077/09 | Seite 387 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Teilrevision des Feuerwehrreglementes | Nr. 068/09 | Seite 401 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> 1. Etappe Werterhaltung Schulanlagen / Genehmigung Bauabrechnung Schulhaus Amlehn & Meiersmatt
<i>abtraktandiert</i> | Nr. 076/09 | Seite 403 |
| 6. | <u>Planungsbericht:</u> Öffentlicher Verkehr in der Gemeinde Kriens
<i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht integriert):</i>

<u>Bericht Postulat Heini:</u> Attraktivität des öffentlichen Verkehrs
<u>Bericht Postulat Bättig:</u> Chancen erkennen und nutzen, Entlastung der Buslinie 1, Förderung der Linie 11
<u>Bericht Postulat Baumgartner:</u> Verbesserung des Busverkehrs
<u>Bericht Postulat Morf:</u> Die Zeit ist reif für einen Schnellbus
<u>Bericht Postulat Heini:</u> Entlastung Bus 1 ab Grosshof mit Bus 31
<u>Bericht Postulat Graber:</u> Bus-Tangentiallinie von Kriens nach Littau und Emmen
<u>Bericht Postulat Baumann:</u> Ortsbus Kriens: Optimiertes Angebot für Krienserinnen und Krienser | Nr. 074/09 | Seite 403 |
| 7. | <u>Planungsbericht:</u> Verkehrserschliessung der Gemeinde Kriens (Planungen & Visionen)
<i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt bzw. beantwortet (im Bericht integriert):</i>

<u>Bericht Postulat T. Bründler:</u> Kriens ohne Stau
<u>Interpellation Piazza:</u> "Nächster Halt, Bahnhof Kriens"
<u>Interpellation Frey:</u> Finanzierung neuer ÖV-Projekte
<u>Bericht Postulat Wiget:</u> Schnellbahn Kriens | Nr. 078/09 | Seite 412 |
| 8. | <u>Bericht:</u> Verbesserungen im Radroutennetz
<i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht integriert):</i>

<u>Bericht Postulat Nyfeler/Urfer:</u> Bau eines Fussweges zwischen der Horwerstrasse und der Schweighofstrasse | Nr. 075/09 | Seite 415 |
| | | Nr. 099/88 | |

	<u>Bericht Postulat Baumann</u> : Verkehrssicherheit auf der Arsenalstrasse	Nr. 218/99	
	<u>Bericht Postulat Lanz</u> : Lückenlose Realisierung des Radroutenkonzeptes in der Gemeinde Kriens	Nr. 053/05	
	<u>Bericht Postulat Bättig</u> : Schulwegsicherung Amlehnstrasse / kein neuer Unfallschwerpunkt	Nr. 093/05	
	<u>Bericht Postulat Koch</u> : Verzicht eines Einbahnverkehrs auf der Arsenalstrasse	Nr. 141/06	
	<u>Bericht Postulat Heini</u> : LV-Verbindung zum Kulturwerkplatz Süd und zur Stadt	Nr. 236/07	
	<u>Bericht Postulat Hauser</u> : Velofalle beim Übergang Langsägestrasse zur Einfahrt zum Eichhofareal	Nr. 278/08	
	<u>Bericht Postulat Nyfeler</u> : Rad- und Fusswege im Gebiet Kuonimatt / Schweighof	Nr. 004/08	
	<u>Bericht Postulat Baumgartner / Hauser</u> : Sichere Veloverbindungen Kleinfeld / Südpol	Nr. 005/08	
	<u>Bericht Postulat Müller</u> : Sichere Veloverbindung Restaurant Obernau - Gewerbegebiet Renggloch (Garage Bolzern)	Nr. 006/08	
	<u>Bericht Postulat Kalt</u> : Trottoirergänzung Ringstrasse	Nr. 064/09	
9.	<u>Interpellation Brunner</u> : Plan und Verzeichnis der Grundstücke und Gebäude in Kriens	Nr. 045/09	Seite 418
10.	<u>Postulat Portmann</u> : Interessenkonflikte von GemeindeparlamentarierInnen, welche in einem Angestelltenverhältnis beim Kanton stehen <i>Begründung</i>	Nr. 071/09	Seite 419
11.	<u>Motion Wili</u> : Personalpolitische Auswirkungen der Budgetberatung <i>Begründung</i>	Nr. 073/09	Seite 424
12.	<u>Petition</u> : Planung eines neuen Pflegeheimes <i>Begründung</i>	Nr. 079/09	Seite 427

Neueingänge

Nr. 072/09	<u>Interpellation Luthiger</u> : Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 und der jetzigen Wirtschaftslage auf die Sozialausgaben <i>Eingang: 15.05.2009</i>
Nr. 073/09	<u>Motion Wili</u> : Personalpolitische Auswirkungen der Budgetberatung <i>Eingang: 15.05.2009</i>
Nr. 074/09	<u>Planungsbericht</u> : Öffentlicher Verkehr in der Gemeinde Kriens
Nr. 075/09	<u>Planungsbericht</u> : Verbesserungen im Radroutennetz

- Nr. 076/09 Bericht und Antrag: 1. Etappe Werterhaltung Schulanlagen / Genehmigung Bauabrechnung Schulhaus Amlehn & Meiersmatt
- Nr. 077/09 Bericht und Antrag: Teilrevision Ortsplanung 2009
- Nr. 078/09 Planungsbericht: Verkehrserschliessung der Gemeinde Kriens (Planungen & Visionen)
- Nr. 079/09 Petition: Planung eines neuen Pflegeheimes
Eingang: 25.05.2009
- Nr. 080/09 Interpellation Lammer: Einhaltung der Zahlungsziele der Gemeinde Kriens gegenüber privaten Beauftragten
Eingang: 03.06.2009
- Nr. 081/09 Postulat Burkhardt: Licht-Signalanlage Schappe-Center
Eingang: 09.06.2009
- Nr. 082/09 Interpellation Konrad: Sparwut in Kriens
Eingang: 16.06.2009
- Nr. 083/09 Postulat Bründler: Gesamtheitliche Lösungen in der Krienser Verkehrspolitik - Mehr Mobilität dank einer Ortsumfahrung
Eingang: 18.06.2009

1. Mitteilungen

Bruno Bienz begrüsst alle Anwesenden inkl. die Gäste auf der Tribüne. Von der NLZ ist heute Michael Graber vertreten. Entschuldigt haben sich Marco Achermann, Louis Rey, Daniel Piazza und Nicole Nyfeler. Räto Camenisch und Bernadette Hauser werden später an der Sitzung teilnehmen. In diesem Zusammenhang bittet der Vorsitzende, sich jeweils rechtzeitig beim Ratspräsidenten und Yvonne Rösli abzumelden.

Weiter informiert Bruno Bienz, dass das Traktandum 5 vom Gemeinderat zurückgezogen wurde.

Am 3. September 2009 findet die konstituierende Sitzung statt.

Wie per Mail mitgeteilt, findet heute das Fotografieren der Einwohnerätinnen und Einwohnerräte statt. Im Foyer ist die Fotografin Samantha Hauri. Bruno Bienz bittet alle Mitglieder, bis 17.00 Uhr bei Frau Hauri vorbeizugehen und sich fotografieren zu lassen. Die Fotos werden für's Internet benötigt. Sofern Interesse vorhanden, können die Fotos auch privat verwendet werden.

Cyrill Wiget teilt mit, dass im Zusammenhang mit der Sanierung der Badeanlage Kleinfeld von der USK gewünscht wurde, ein Naturbad zu besichtigen. Dies ist nun am Montag, 14. September 2009 möglich. Die Besichtigung des Naturbades im deutschen Murg am Bodensee soll jedoch allen interessierten Einwohnerratsmitgliedern offen stehen. Wer Interesse hat, soll sich bitte bei Cyrill Wiget melden.

2. *Protokoll Nr. 7 vom 19. März 2009*

Nachdem keine schriftlichen Änderungsanträge eingereicht wurden, wird das Protokoll Nr. 7 vom 19. März 2009 genehmigt und verdankt.

Bruno Bienz bedankt sich bei den zwei Protokollführerinnen für die gute und nicht immer einfache Arbeit und überreicht ihnen eine Rose.

3. *Bericht und Antrag: Teilrevision Ortsplanung 2009 (1. Lesung)* **Nr. 077/09**

Bruno Bienz begrüsst als Sachverständige Franz Hunziker, Abteilungsleiter Hochbau, und Urs Muff, Mitarbeiter Abteilung Hochbau.

Zuerst erfolgt das allgemeine Eintreten über den Gesamtbereich und anschliessen über jeden Teilbereich.

Martin Heiz teilt mit, dass die BK alle einzelnen Umzonungen mit den dazugehörigen Beilagen angeschaut hat. Ebenso die Teiländerungen des Bau- und Zonenreglements (BZR), sowie die Kantonale Vorprüfung im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens. Er wird zu jedem Teilgebiet einzeln Stellung nehmen.

Für Maurus Frey ist es die erste Teilrevision. Beim Durchlesen fragte er sich, ob es sich dabei um das neue Feuerwehr-Notfall-Dispositiv oder um eine verfrühte Weihnachtswunschliste handelt. Viele Bauherren haben gegenüber der Gemeinde ihre Spezialwünsche angemeldet, welche jetzt erfüllt werden.

Die Grünen sind der Meinung, bei der Ortsplanung geht es um längerfristige, prägende und strategische Entscheidungen. Diese Entscheidungen sollten, losgelöst von den mittel- bis kurzfristigen Wünschen und Vorstellungen der Bauherren, gefällt werden. Was hier festgeschrieben wird, bleibt für lange Zeit bestehen und beeinflusst die bauliche Entwicklung der Gemeinde Kriens

Gemäss Mario Urfer ist die SP-Fraktion für Eintreten. Es wird begrüsst, dass in der Wirtschaftskrise Grundlagen für konkrete Projektvorstellung zur Umsetzung geschaffen werden. Die Kantonale Vorprüfung bemängelt aber, dass keine Aussagen zur Verträglichkeit der Abwicklungen des Verkehrs gemacht werden. Genau dies fordert die SP schon lange. Bei Revisi-

onen oder Änderungen an Teilzonen- oder Zonenpläne, soll der Verkehrsrichtplan zeitgemäss an die Bedürfnisse angepasst werden. Beim Gestaltungsplanverfahren wird die Verkehrsabwicklung genau geprüft.

Josef Bründler teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion für Eintreten ist und den Änderungen grundsätzlich zustimmen wird.

Bruno Bienz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist. Nachdem es sich um eine 1. Lesung handelt, erfolgt keine Abstimmung über den Beschlusstext.

Teilgebiet Nidfeld

Gemäss Martin Heiz ist die BK für Eintreten. Die Auflagen der ASTRA betreffend Bypass sind zur Sprache gekommen. Es wurde darauf hingewiesen, dass man hier die Auswirkungen spüren wird. Das Portal des Bypasses kommt in diese Gegend zu liegen. Die Beilage 1 zeigt auf, was auf diesem Grundstück machbar ist. Ebenso gehört zu dieser Umzonung auch die Machbarkeitsstudie über den Lärmschutznachweis.

Für Kathrin Graber liegt ein konkretes Bauprojekt mit einer Schule und einem Hotel für das Gebiet vor, wo früher der Pilatusmarkt stand. Die CVP-Fraktion begrüsst es, dass dieses Grundstück mit dem vorgesehenen Bauprojekt in Zukunft besser genutzt wird und es freut sie, wenn die Schule für internationales Gastgewerbe seinen Standort nach Kriens verlegen will. Die Nutzung als Arbeitszone ES III ist allerdings nicht ganz unproblematisch: Auf der einen Seite gibt es Vorbehalte wegen dem Bypass, der im Bereich Nidfeld zu liegen kommt. Auf der anderen Seite liegen die A2 und die Firma Emmi Kühlhaus AG, die Schutzmassnahmen an den bestehenden Objekten oder bei der geplanten Überbauung notwendig machen. Für diese Probleme muss eine Lösung gesucht werden, wenn die Schule wirklich auf diesem Grundstück zu liegen kommt. Die Schule legt auch ein Projekt im Mattenhof vor. Damit die Schule bei der weiteren Planung einen Spielraum hat und weil die CVP der Auffassung ist, dass das Grundstück des ehemaligen Pilatus Marktes nicht weiter unbenutzt sein soll, wird die Umzonung in eine Arbeitszone ES III unterstützt.

Mario Urfer weiss, dass mit 41'000m² Grünfläche das Nidfeld eine der grössten brachliegende Arealen in der Arbeitszone ist. Diese ist über die Arsenal- und Nidfeldstrasse mit dem öffentlichen Verkehr gut erschlossen. Deshalb will die SP dieses Areal qualitativ hochwertigen Projekten zur Nutzung und Wertschöpfung mit guten Entwicklungsmöglichkeiten überführen.

Gemäss Robert Thalmann geht es beim Teilzonenplan Nidfeld lediglich um eine etwas bessere Nutzung. Wie bereits in der BK, weist der Sprecher darauf hin, dass der Gemeinderat vom Parlament den verbindlichen Auftrag hat, sich gegen den geplanten Bypass vehement zur Wehr zu setzen. Er erinnert daran, dass das südliche Portal des geplanten "Bypasses kurz" im Bereich Nidfeld zu liegen kommt. Ein riesiger Planungsfehler. Es ist unbedingt und nachdrücklich der "Bypass mittel" oder gar "lang" zu fordern. Die Problematik des "Bypasses kurz" zeigt sich gerade auch bei der Überbauung des wertvollen Gewerbelandes Nidfeld. Es ist zu

befürchten, dass die Überbauung auf Jahre verzögert oder zumindest teilweise verunmöglicht wird.

Judith Luthiger will vom Gemeinderat wissen, ob der Kanton keinen Vorbehalt zur Umzonung Nidfeld hat.

Matthias Senn antwortet, dass diese Woche eine Sitzung mit Vertretern vom vif, rawi und Rechtsvertretern des Kantons stattfand. Der Bypass hat für den Bund keine hohe Priorität. Das Bundesamt für Strassenbau (astra) ist nicht bereit, grundeigentümergebundene Bestimmungen zu erlassen, solange kein generelles Projekt vorhanden ist. Dies kann noch rund 5 Jahre dauern. Die Gemeinde Kriens ist ebenfalls nicht bereit, grundeigentümergebundene Bestimmungen wie Planungszone, Baulinien oder Umzonung in übriges Gemeindegebiet auf dem Areal Nidfeld zu erlassen. Der Kanton möchte, dass eine freiwillige Baulinie eingehalten wird. Die Gemeinde organisiert eine Sitzung, damit das Anliegen mit den Grundeigentümern und mit der Marazzi GU besprochen werden kann.

Bruno Bienz stellt fest, dass Eintreten zum Teilgebiet Nidfeld unbestritten ist.

Teilgebiet Mattenhof/Sternmatt

Gemäss Martin Heiz ist die BK auch hier für Eintreten. Bei der vorgesehenen Umzonung handelt es sich um die offene Halle, in der sich früher eine Mercedesgarage befand. Die Beilage 3 zeigt auf, wie ein solches Hochhaus aussehen könnte und beinhaltet die Machbarkeitsstudie über den Lärnmachweis. Für das ganze Gebiet Mattenhof mit der Ziffer W sind nun drei Hochhäuser zulässig. Gemäss regionalem Hochhauskonzept ist dieses Gebiet für Hochhäuser geeignet. Es wurden im BZR Art. 46a grundstückverbindliche Qualitätsanforderungen an Hochhäuser festgelegt. Ebenfalls gehört zum Gebiet des Mattenhofs die Beilage 2 mit dem Studienauftrag.

Für Maurus Frey hat nur die Parzelle Sternmatt aufgrund seiner baulichen, technischen Voraussetzungen den Bedarf einer Grünziffer-Reduktion. Warum wird diese ausserordentliche Reduktion trotzdem dem ganzen speziellen Gebiet W Mattenhof-Sternmatt gewährt? In der Änderung des Bau- und Zonenreglements wird im Artikel 11 die Grünziffer zugunsten von urbanen öffentlichen Plätzen reduziert. Auf der folgenden Seite des Änderungsentwurfes werden im Artikel 46a die erhöhten städtebaulichen Ansprüchen an Hochhausbauten erwähnt. Wie kann man die städtebaulichen Anforderungen, zu welcher die Wahrung des Grünanteils gehört, reduzieren und kurz darauf erhöhte Anforderungen für Hochhäuser festsetzen? Hat man ein schlechtes Gedächtnis oder reglementiert man etwas unpräzise, weil der Kanton dazu auffordert? Wer in die Höhe baut, hat darum herum mehr Platz, um genau diesen erhöhten städtebaulichen Anforderungen mit ausgedehnten Grünflächen gerecht zu werden. Die reduzierte Grünflächenziffer ist ein Entgegenkommen an die entsprechenden Bauherren. Entweder adressiert man dieses Geschenk richtig oder lässt es konsequent weg. Die Grünen fordern diesbezüglich eine Präzisierung des Bau- und Zonenreglements.

Kathrin Graber namens der CVP-Fraktion unterstützt die Ergänzung des bisherigen Gebietes „W“ mit der Möglichkeit, dass inskünftig Hochhäuser möglich sein sollen. Die Begeisterung in der Fraktion für Hochhäuser hält sich in Grenzen. Die CVP ist aber zum Schluss gekommen, dass aufgrund der Landknappheit und dem Ruf nach verdichtetem Bauen sowie dem Standort der Hochhäuser am Rand der Gemeinde der Bau von Hochhäusern vertretbar ist. Man kann sich auch die Nutzung der Umgebung des Bahnhofs als urbaner städtischer Platz sehr gut vorstellen. Es wird begrüsst, wenn sich die Hochhäuser beim Bau an die Qualitätsansprüche des Hochhauskonzepts des Regionalplanungsverbandes Luzern halten, wie es im Bau- und Zonenreglement vorgesehen ist, und als Ausgleich die notwendigen Grünflächen um die Hochhäuser einplant werden.

Auch die Umzonung in der Sternmatt in die Arbeitszone ES III wird von der CVP-Fraktion unterstützt. Damit sind Nutzungen möglich, die den Platz um die S-Bahn-Station Mattenhof beleben, was begrüsst wird. Das Gebiet Sternmatt soll in das Projekt Mattenhof einbezogen werden. Einer Umzonung in diesen zwei Gebieten wird zugestimmt.

Joe Brunner hat eine Verständnisfrage. Stimmt es, dass nun der Grünflächenanteil irgendwo ausgewiesen werden kann und nicht mehr auf der Bauparzelle sein muss?

Gemäss Robert Thalmann ist auch die SVP-Fraktion für Eintreten. Wie von Kathrin Graber bereits erwähnt, ist das Gebiet Mattenhof prädestiniert für Hochhausbauten. Es ist ein moderates Projekt vorhanden und es ist klar, mit dem wenig zur Verfügung stehenden Land muss haushälterisch umgegangen werden. Wenn schon verdichtetes Bauen, dann in die Höhe, damit genügend Grünflächen erhalten bleiben.

Matthias Senn teilt die Meinung von Maurus Frey. Die Grünfläche soll nur für das Gebiet Sternmatt gelten. Er sieht kein Problem, wenn auch die Parzelle Nr. 65 im BZR erwähnt wird.

Auf die Frage von Joe Brunner antwortet Matthias Senn, dass dies hier eine Ausnahme ist. Das Gebiet Sternmatt verfügt nicht über die gesetzlich vorgeschriebene Grünflächenziffer von 20 %. Aus diesem Grund wird der Bahnhofplatz als Grünfläche angerechnet.

Betreffend Hochhauskonzept eignet sich das Gebiet Mattenhof als bester Standort. Da der Gemeinderat sicherstellen will, dass die erwarteten Qualitätsanforderungen an Hochhäuser erfüllt werden, soll das BZR mit dem neuen Art. 46a ergänzt werden.

Werner Baumgartner will wissen, wieso der Gemeinderat betreffend Bypass Verhandlungen führt, wenn vom Bund eine entsprechenden Auflagen vorhanden sind und Kriens keinen Bypass will. Ist der Druck so hoch? Er findet es unnötig, Verhandlungen für Konzessionen zu führen.

Robert Thalmann ist der gleichen Meinung wie Werner Baumgartner. Er hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass der Bund keine Auflagen hat. Der Bund und Kriens wollen keinen Bypass. Darum müssen auch keine diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Kanton geführt werden.

Gemäss Matthias Senn vertritt der Gemeinderat nach wie vor die Haltung, dass von der Gemeinde Kriens diesbezüglich keine Unterstützung geboten wird. Miteinander Reden heisst noch lange nicht, dass Bestimmungen durchgesetzt werden.

Werner Baumgartner ist nach wie vor der Auffassung, dass keine weiteren Verhandlungen mit dem Kanton nötig sind. Der Gemeinderat soll sich dagegen wehren.

Alexander Wili verlangt eine Protokollbemerkung, dass der Einwohnerrat eine Planung des "Bypasses kurz" ablehnt.

Erich Tschümperlin findet es einfacher, wenn nun die vorgeschlagene Umzonung beschlossen wird. Somit ist klar, dass die Gemeinde in diesem Gebiet keine Planungszone will.

Für Alexander Wili ist dies kein Gegensatz, sondern eine Ergänzung.

Judith Luthiger bemerkt, dass sich der Einwohnerrat bei der Behandlung von zwei entsprechenden Vorstössen klar gegen einen "Bypass kurz" ausgesprochen hat. Somit erübrigt sich eine weitere Diskussion darüber.

Ursula Müller will vom Gemeinderat wissen, wie es sich in diesem Gebiet mit dem Grundwasserspiegel verhält. Ist man sich bewusst, dass man es dort mit anderen Wasserverhältnissen zu tun hat?

Gemäss Matthias Senn werden bei jedem Bauvorhaben die Wasserthematik überprüft und entsprechende Untersuchungen gemacht.

Ursula Müller geht es um das ganze Gebiet bis über die Gemeindegrenze hinaus. Sie weiss, dass es im Gebiet Kuonimatt immer wieder zu Überschwemmungen gekommen ist.

Matthias Senn nimmt das Anliegen auf und wird dies intern abklären.

Bruno Bienz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Schweighof

Martin Heiz stellt fest, dass in der BK Eintreten unbestritten war. Für dieses Gebiet liegt ein Gestaltungsplan vor, welcher schon einige Male in der BK behandelt worden ist. Ebenfalls wurde dieser Plan letztes Jahr in der Raiffeisenbank ausgestellt.

Für Maurus Frey ist der Gestaltungsplan sehr gut und sorgfältig erstellt worden. Der Bauherrschaft liegt die Umgebung am Herzen. Der vorliegende Gestaltungsplan ermöglicht eine qualitative, abgestimmte Entwicklung. Man sichert damit eine qualitative Entwicklung des stark strapazierten Gebietes.

Gemäss Kathrin Graber stimmt die CVP-Fraktion der Umzonung in eine Arbeitszone ES III zu. Die Präsentation des Projekts im letzten Jahr hat die Fraktion überzeugt. Die Pläne für die Überbauung machen einen guten Eindruck, und erfreulicherweise viele Grünflächen lockern das ganze Projekt auf. Beim Projekt ist ein Mix von interessanten Wohnungen und von hochwertigen Arbeitsplätzen geplant. Auch hier können somit neue hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden, was die CVP im Sinn einer Wirtschaftsförderung unterstützt.

Bruno Bienz stellt fest, dass auch in diesem Teilgebiet, Eintreten unbestritten ist.

Schlundmatt/Buhölzli

Gemäss Martin Heiz wurde das Eintreten bestritten und es musste eine Abstimmung stattfinden. Mit 6 Ja zu 1 Nein wurde aber Eintreten beschlossen. Zu dieser Umzonung gehört auch die Beilage 5. Ein Punkt zu diesem Teilgebiet war der Wald, doch wird nicht nur gerodet, sondern auch wieder aufgeforstet. Es wurde auch die Frage gestellt, ob es wirklich Sinn macht, dass der bestehende Betrieb sich an diesem Ort vergrößert. Doch ist für diesen Betrieb ein Wegzug im heutigen wirtschaftlichen Umfeld nicht möglich und sie sind auch mit dieser möglichen Expansion zufrieden.

Gemäss Maurus Frey freuen sich die Grünen, dass Kriens so einen florierenden Betrieb beheimaten darf und sie unterstützen die erste geplante Bauetappe bestehend aus dem Bau von zwei weiteren Hallen. Damit wird aber nach ihrer Meinung das maximal mögliche aus den bescheidenen Platzverhältnissen „dort hinten“ herausgeholt.

Für weiteres Wachstum ist dort nicht der richtige Platz. Die Grünen wollen Rahmenbedingungen setzen, die langfristig sinnvoll sind und sinnvoll bleiben. Für die Realisierung der zweiten Etappe mit einem offenen Lager bedarf es einem einvernehmlichen Kompromiss und nicht dieser Zwängerei nach einer Maximallösung.

Allen Unken-Rufen und der einstimmigen Beurteilung der UNK zum Trotz – es wird weiter gezwängt. Verschiedene Fachstellen äussern ihre Bedenken. Etwa das ein Rodungsgesuch zur Gewinnung von Bauland nicht zulässig wäre. Als Reaktion darauf wird der geforderte Grünstreifen verdoppelt und man zwingt weiter.

Für die zweite Etappe und den eigentlichen Grund der Umzonung bedarf es einem neuen Kompromiss. Die Grünen möchten der betroffenen Firma ein Wachstum ermöglichen, wünschen sich aber für das offene Lager und die zusätzliche Halle eine, mit den engen Platzverhältnissen verträgliche neue Lösung. Für die Realisierung des offenen Lagers sollen nochmals alternative Standorte, etwa das ASTAG-Areal Richtung Kriens geprüft werden.

Die Grünen sind für Bäume, die bleiben und gegen unvernünftige, eingezwängte Rahmenbedingungen, welche einem für lange Zeit, wenn nicht gar für immer, erhalten bleiben. Darum opponieren sie dem Eintreten.

Kathrin Graber erwähnt, dass die CVP-Fraktion bei der vorliegenden Umzonung eine Interessenabwägung gemacht hat. Auf der einen Seite steht ein ansässiger Betrieb, der baulich dringend erweitert werden müsste und ohne diese Erweiterung wohl wegziehen würde. Auf der anderen Seite steht die Rodung eines Teils eines Wäldchens zur Diskussion, damit die betriebliche Erweiterung gesichert werden kann. Die Bemühungen des Betriebes zeigen, dass er grundsätzlich gewillt ist, am bisherigen Standort und somit in Kriens zu bleiben. Ob es der richtige Platz ist, kann wohl die Firma für sich selbst am besten beurteilen. Ein anderer Standort in Kriens steht offenbar nicht zur Verfügung. Zudem wurde das Zonenplanverfahren aufgrund der Anliegen der Umwelt- und Naturkommission nochmals angepasst, indem Waldsaum und Bachufer aufgewertet werden sollen. Zudem kommt es zu einer Aufforstung. Bei dieser Gesamtinteressenabwägung ist die Fraktion der Auffassung, dass im Sinne der Krienser Wirtschaftsförderung Massnahmen getroffen werden müssen, damit der Betrieb in Kriens am bisherigen Standort bleiben kann. Die CVP unterstützt daher die Umzonung in eine Arbeitszone ES III. Eine Unsicherheit für die Umzonung bleibt, ob der Bund der Rodungsbewilligung zustimmt. Fraglich ist, wie die neue Zufahrt geregelt wird. Zusammenfassend hofft die CVP-Fraktion, dass dem Betrieb mit der Umzonung ermöglicht wird, weiterhin in Kriens ansässig zu bleiben.

Gemäss Robert Thalmann erachtet die SVP die Vorlage als ausgewogen, wie der Bericht und Antrag korrekt aufzeigt. Das Gesuch beschränkt sich auf das absolut notwendige Minimum, das für die betriebliche Erweiterung nötig ist. Die Expansion der florierenden Firma soll nicht verhindert werden. Sinnvolle Alternativen existieren nicht.

Die Gemeinde Kriens hat eine Fläche von total 27.3 km², davon sind rund 18 % Siedlungsfläche, 33 % Landwirtschaft, 50 % Wald und 1 % unproduktive Flächen. Die Siedlungsfläche beträgt also 18 % oder rund 5 km², das sind 500 ha. Nun müssen in diesem Teilgebiet ca. 200 m² Wald gerodet werden. Es ist jedoch eine Aufforstung vorgesehen.

Josef Bründler stellt fest, dass die Firma Kuchler ein aufstrebender Betrieb mit Firmen- und Wohnsitz in Kriens ist. Auf dem Firmenareal herrscht eine sehr gute Ordnung. Der Werkverkehr beschränkt sich auf das vergrösserte Firmenareal und hält die bestehende Strasse und den Veloweg von zusätzlichem Verkehr frei. Die FDP unterstützt engagierte Gewerbebetriebe und sagt auch zu dieser geplanten Änderung ja.

Gemäss Matthias Senn hat der Gemeinderat eine sorgfältige Interessenabwägung vorgenommen. Wie im Bericht und Antrag erwähnt, weisen die betroffenen Grundstücke schwierige

Rahmenbedingungen auf. Die erstellte Machbarkeitsstudie berücksichtigt die Rahmenbedingungen und beinhaltet die Rodung von ca. 200 m² Wald. Das Risiko, dass das BUWD das Rodungsgesuch ablehnt, ist klein, da eine Vorprüfung positiv beurteilt wurde.

Bruno Bienz stellt fest, dass Eintreten für das Teilgebiet Schlundmatt/Buhölzli bestritten ist. Darum erfolgt darüber eine Abstimmung.

Abstimmung über das Eintreten für das Teilgebiet Schlundmatt/Buhölzli

Mit 26:3 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Baumgartner, Werner	Eintreten
Betschart, Daniel	Eintreten
Bienz, Viktor	Eintreten
Bründler, Anton	Eintreten
Bründler, Josef	Eintreten
Brunner, Joe	Eintreten
Burkhardt, Roland	Eintreten
Dalla Bona, Johanna	Eintreten
Erni, Roger	Eintreten
Fluder, Hans	Eintreten
Frey, Maurus	Nichteintreten
Graber, Kathrin	Eintreten
Heini, Martin	Eintreten
Heiz, Martin	Eintreten
Hug, René	Eintreten
Kalt, Mirjam	Nichteintreten
Kaufmann, Christine	Eintreten
Koch, Patrick	Eintreten
Konrad, Simon	Eintreten
Lammer, Thomas	Eintreten
Luthiger, Judith	Eintreten
Maldonado, Jennifer	Eintreten
Marbacher, Monika	Eintreten
Müller, Ursula	Eintreten
Portmann, Peter	Eintreten
Thalmann, Robert	Eintreten
Tschümperlin, Erich	Nichteintreten
Urfer, Mario	Eintreten
Wili, Alexander	Eintreten

Eichenspes

Gemäss Martin Heiz war in der BK Eintreten nicht bestritten. Auf diesem Gebiet beabsichtigt die Gemeinde das neue Feuerwehrlokal und den Werkhof anzusiedeln. Doch wurden auch bedenken geäussert. Vor allem soll die Variante beim Wettbewerb Teiggi nicht fallengelassen werden. Man will trotzdem sehen, was dort allenfalls möglich ist und erwartet Aussagen von den Planungsbüros.

Kathrin Graber stellt fest, dass auch bei dieser Umzonung von Grünzone in die Zone für öffentliche Zwecke die CVP-Fraktion eine Interessenabwägung vornehmen musste. Auf der einen Seite stehen die Bedürfnisse der Feuerwehr und des Werkdienstes nach einem neuen, besseren Standort. Auf der anderen Seite stehen die Anliegen von Kindern und Jugendlichen, weiterhin auf der Spielwiese spielen zu können. Die Fraktion schätzt die Interessen dieser Kinder sehr hoch ein. Freier Platz zum Spielen wird auch in Kriens leider immer knapper. Daher kann zu dieser Umzonung nur ja gesagt werden, wenn zwingend gleichwertiger Ersatz für diese Spielwiese zur Verfügung gestellt wird. Bis zur zweiten Lesung möchte die CVP vom Gemeinderat verbindlich wissen, welche Ersatzfläche er als Spielwiese zur Verfügung stellt.

Judith Luthiger erwähnt, dass die Feuerwehr ein neues Gebäude erhalten soll und der Standort Eichenspes scheint aus diversen Gründen der Beste zu sein. Die Sache hat aber einen Haken. Der Schule Feldmühle geht die grüne Sportwiese verloren. Für die Sicherung des Schulbetriebes braucht es unbedingt einen Ersatz für diese Spielwiese. Der vorgeschlagene Ersatz in der Langmatt ist aber zu weit entfernt. Warum? Die Sprecherin nennt ein Beispiel aus dem Schulalltag, damit alle eine konkrete Vorstellung bekommen: Im Feldmühleschulhaus sind zurzeit 12 Klassen. Alle haben wöchentlich 3 obligatorische Turnlektionen im Stundenplan. Das ergibt 36 Turnstunden. Viele Klassen unterrichten 3 Einzellektionen Turnen, damit die langen Blockmorgen bei den Kindern optimaler rhythmisiert werden können. Bewegung ist bekanntlich sehr wichtig. Einige Klassen verteilen die Turnstunden auf eine Doppellektion plus eine Einzellektion. Es gibt sogar Klassen, die keine Halle zur Verfügung haben und jede Woche eine Stunde Turnen im Freien unterrichten. Wegen diesen vielen Einzellektionen braucht es eine Spielwiese in nächster Nähe. Die Kinder müssen sich nämlich zuerst umziehen. Die Lehrperson muss warten bis alle bereit sind, erst dann könnte sie mit allen zur Langmatt laufen. Das nimmt 10 Minuten für den Hinweg inklusive Umziehen und 10 Minuten Rückweg inkl. Umziehen in Anspruch. Die Lektion dauert 45 Minuten. Also bleibt nur ca. 25 Minuten für die Turnstunde, die kurzen Spielerklärungen und Gruppeneinteilung nicht eingerechnet, macht schlussendlich 15 Minuten Turnen. Der Wechsel zur Langmatt hinauf macht demzufolge keinen Sinn. Im Weiteren schreibt der Lehrplan den Primarklassen zwingend vor, 60 m Sprint, Weitsprung, und ebenfalls Weitwurf mit Bällen vor (40 – 50 m) zu trainieren. Es ist wünschenswert, dass die Wiese westlich des Turnplatzes als Ersatz bereit gestellt und auch mit Fussballtoren ausgerüstet wird. Ausserhalb der Schulzeit ist dies ja auch ein willkommener Aufenthaltsort für die Quartierbevölkerung.

Die SP-Fraktion bittet deshalb den Gemeinderat, die Sicherung des Schulbetriebes zu berücksichtigen und die gemeindeeigene Wiese in der Nähe des jetzigen Hartplatzes rechtzeitig in die Planung einzubeziehen und entsprechend umzurüsten. Wenn das umgesetzt wird, so steht der Umzonung für das neue Feuerwehrlokal nichts mehr im Wege.

Gemäss Maurus Frey sind auch die Grünen für die Umzonung im Eichenspes. Er geht davon aus, dass die Forderungen der SP klar und logisch sind und hofft, dass der Gemeinderat dies auch so vorgesehen hat. Der Sportplatz muss bestehen bleiben oder eine Alternative geschaffen werden.

Joe Brunner hat eine grundsätzliche Frage zum Spielplatz auf dem Grundstück Eichenspes. Bei der Behandlung der Spielplatzsanierungen wurde ein Antrag überwiesen, welcher verlangte, dass der bestehende Spielplatz in einen Abenteuerspielplatz unter Einbezug des Baches

umgewandelt werden soll. In der Planaufgabe ist diese Forderung nicht ersichtlich. Der Sprecher will vom Gemeinderat wissen, wie der Stand dieses Antrages ist und ob die jetzige Planaufgabe dem nicht widerspricht.

Robert Thalmann stellt fest, dass das heutige Areal in der Grünzone liegt und in die Zone für öffentliche Zwecke umgezont werden soll. Es geht um eine recht grosse Fläche, die überbaut werden soll. Für die Umzonung ist entscheidend, was dort gebaut werden soll. In der Botschaft heisst es Werkhof und/oder Feuerwehr. Wie das genau aussehen soll und welche Flächen der Schule noch zur Verfügung stehen, ist nicht klar; die Informationen seitens der Gemeinde sind, wenn man mit den anderen Teilzonenänderungen vergleicht, doch sehr knapp, man könnte auch sagen ungenügend. Die SVP hat immer wieder betont, dass der Standort Zentrum für die Feuerwehr zu prüfen ist. Daran hält sie nach wie vor fest. Ein Nichteintreten auf die Vorlage wird nicht beantragt. Es werden aber auf die 2. Lesung mehr Grundlagen bzw. Varianten für eine mögliche und sinnvolle Überbauung verlangt. Ein Verlegen der Feldmühlwiese auf die Langmatt kommt für sie nicht in Frage. Dieser Platz ist zu weit entfernt vom Schulhaus. Es müssen und können andere Ersatzlösungen für die bestehende Spielwiese gesucht und gefunden werden - zum Beispiel neue Spielwiese/Weitsprunganlage etc. auf der Wiese zwischen Schulhaus und Lädehütte und / oder Spielwiese auf dem Dach des Werkhofes/Feuerwehr.

Gemäss Matthias Senn wurde die Standortevaluation im Dezember abgeschlossen. Die entsprechende Machbarkeitsstudie läuft. Als nächster Schritt folgt der Architekturwettbewerb. Der Gemeinderat ist klar der Auffassung, dass die Spielwiese genutzt werden kann und nimmt den entsprechenden Antrag entgegen. Trotzdem ist auf der Langmattwiese eine Anlage geplant, welche nicht nur von den Bewohnerinnen und den Bewohnern des Feldmühlequartiers, sondern auch vom Obernau genutzt werden kann.

Cyрил Wiget antwortet auf die Frage von Joe Brunner betreffend Spielplatz, dass im oberen Bereich ein Naturspielplatz geplant ist. Das Projekt Feuerwehr/Werkhof tangiert den Spielplatz nicht direkt. Es ist somit kein Widerspruch vorhanden. Der Gemeinderat möchte im Eichenspes den Spielplatz möglichst naturnah gestalten und den vom Einwohnerrat gesprochene Kredit von Fr. 25'000.00 ausschöpfen.

Für Josef Bründler zählen die Argumente von Judith Luthiger betreffend Wegdistanz nicht. Er findet den Vorschlag des Gemeinderates eine sensationelle Idee und komfortable Lösung.

Judith Luthiger betont, dass die 10 Minuten auch das Umziehen und Sammeln der Schülerinnen beinhaltet. Darum ist die genannte Zeit realistisch. Eine Nachfrage im Team des Feldmühleschulhauses hat gezeigt, dass kein Ersatz für Einzellektionen vorhanden ist.

Bruno Bienz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Kreisel Schlund

Gemäss Martin Heiz war Eintreten unbestritten. Die Korrektur ist aufgrund des Hochhauskonzeptes entstanden. Der Kanton verlangt, dass man auf ein Hochhaus im Kreisel verzichtet, da nun im Mattenhof eine Zone entsteht, wo Hochhäuser zulässig sind.

Bruno Bienz stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Teilgebiet verlangt werden und Eintreten somit unbestritten ist.

Maurus Frey formuliert seinen Antrag wie folgt:

Art. 11 Ziff. 3 Abs. b BZR: Auf einer Teilfläche der Parzelle 65 kann die Grünziffer zugunsten urbaner öffentlicher Plätze reduziert werden.

Martin Heiz hat Mühe mit der Formulierung "Teilgebiet". Auf Grundstück Nr. 65 ist ein Hochhaus geplant. Er möchte wissen, wo sich das Teilgebiet befindet.

Gemäss Guido Solarì ist die Parzelle Nr. 65 grösser als die vorgesehene, für Hochhäuser geeignete Fläche. Mit dem Antrag von Maurus Frey wird der Plan genau beschrieben.

Alexander Wili will wissen, welches die grössere Fläche ist. Parzelle Nr. 65 oder das Gebiet W Mattenhof?

Guido Solarì antwortet, dass die Parzelle Nr. 65 die grössere Fläche ist.

Kathrin Graber will die Stellungnahme des Gemeinderates zu diesem Antrag wissen.

Gemäss Matthias Senn ist Guido Solaris Aussage korrekt und dem Antrag von Maurus Frey kann zugestimmt werden.

Abstimmung über den Antrag von Maurus Frey:

Mit 13:11 Stimmen und 6 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Aufgrund eines Fehlers des elektronischen Abstimmungssystems steht bei dieser Abstimmung das detaillierte Ergebnis nicht zur Verfügung.

Joe Brunner stellt folgenden Abänderungsantrag zu ***Art. 46a Abs. 4 BZR: 4 Hochhäuser sind grundsätzlich nur im Rahmen eines Bebauungsplans zulässig. Der Gemeinderat kann bestimmen, dass auf den Bebauungsplan zugunsten eines Gestaltungsplans verzichtet werden kann.***

Mit dieser Änderung findet kein Kompetenzzug des Einwohnerrates statt und es bestehen auch keine neuen "Ghettos" oder Willkürlichkeiten. Es sind klare Regelungen ohne kann und darf und der hohe Qualitätsanspruch bleibt bestehen.

Robert Thalmann opponiert diesem Antrag. Der Gestaltungsplan unterliegt im Kompetenzbereich des Gemeinderates und es sind keine "Ghettos" vorhanden. Dies sind für ihn keine Argumente. Der Antrag ist ein Rückschritt. Es braucht keine zusätzliche Übung.

Matthias Senn stellt klar, dass für Hochhäuser Gestaltungs- oder Bebauungspläne nötig sind. Der Gemeinderat hat verbindliche Bestimmungen geplant und verlangt einen Bebauungsplan. Wenn der Antrag von Joe Brunner die Mehrheit findet, muss das Gebiet W Mattenhof von einem Bebauungsplan ausgeschlossen werden.

Martin Heiz weiss, dass ein Bebauungsplan vom Einwohnerrat genehmigt werden muss. Gestaltungspläne genehmigt der Gemeinderat. Ein Gestaltungsplan beinhaltet jedoch mehr Details, d.h. er zeigt viel mehr auf als ein Bebauungsplan. Er will jedoch von Franz Hunziker noch weitere Unterschiede wissen.

Franz Hunziker antwortet, dass die Aussage von Martin Heiz korrekt ist. Ein Bebauungsplan beansprucht eine längere Bewilligungszeit als ein Gestaltungsplan. Aus diesem Grund bevorzugt das Baudepartement den Gestaltungsplan.

Für Matthias Senn braucht es nicht beide Planungsinstrumente. Entweder ein Gestaltungsplan oder ein Bebauungsplan.

Kathrin Graber will wissen, ob der Gemeinderat Kriterien bzw. eine feste Regelung festgelegt hat, wann welcher Plan vorgesehen ist.

Gemäss Matthias Senn sind die Kriterien bereits vorgegeben. Der Gemeinderat hat sich hier nur auf das Gebiet Mattenhof W bezogen.

Judith Luthiger versteht, dass dies im BZR festgelegt wird. Sie ist jedoch der Auffassung, dass dies nicht nur auf ein Gebiet angewendet wird. Sie benötigt diesbezüglich Klärung.

Matthias Senn stellt klar, der Gemeinderat auf diese Art mehr Freiheiten bekommt, bei allen Projekten nur einen Gestaltungsplan zu verlangen. Er wird dies jedoch nicht so handhaben, da er sich sonst ein Eigengoal schiessen würde. Zudem sind zurzeit keine weiteren Hochhausprojekte geplant.

Für Kathrin Graber bestehen durch die undeutlichen Aussagen Unklarheiten. Art. 46a gilt für alle Hochhäuser. Wenn der Antrag der SP abgelehnt wird, hat der Gemeinderat überall Spielraum, nicht nur für das Gebiet Mattenhof.

Gemäss Martin Heiz ist in den verschiedenen Zonen genau geregelt, wo wie hoch gebaut werden darf. Ein Bauvorhaben muss immer Zonenkonform sein. Für ihn ist alles klar geregelt.

Kathrin Graber ist der Auffassung, dass der Gemeinderat im Gebiet Mattenhof Spielraum haben soll. Dies darf jedoch nicht für allfällige weitere Hochhausbauten gelten. Sie schlägt darum für die zweite Lesung eine Prüfung der Formulierung von Art. 46a vor. Damit klar ist, dass dies nur für das Gebiet Mattenhof gilt und nicht generell für alle Hochhäuser.

Matthias Senn will dies sofort bereinigt haben und schlägt vor, den Antrag der SP wie folgt zu ergänzen: *Für das Areal W Mattenhof ist ein Gestaltungsplan ausreichend.* Der Gemeinderat ist bereit, den Antrag mit dieser Änderung entgegenzunehmen.

Joe Brunner ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Bruno Bienz stellt fest, dass dagegen nicht opponiert wird und die Änderung somit als genehmigt gilt.

Kathrin Graber stellt namens der CVP-Fraktion den Antrag, dass im *Hinblick auf die zweite Lesung geprüft wird, welche Vorgaben zur rationellen Energieverwendung bzw. zur Realisierung eines hohen Energiestandards für die Planungsgebiete der Teilrevision möglich und sinnvoll sind.*

Die Fachleute des BUWD und des uwe schlagen vor, den Aspekt der Energie frühzeitig in die Planung einzubringen und auf die Realisierung eines hohen Energiestandards hinzuwirken. Unter "frühzeitig" verstehen sie, dass Vorgaben im Bau- und Zonenreglement gemacht werden. Es geht also um einen Auftrag an den Gemeinderat für die zweite Lesung, dies zu prüfen. Die CVP hat bewusst eine wenig verbindliche Form gewählt, dass der Gemeinderat bei der Prüfung des Anliegens einen grossen Spielraum hat. Zudem macht die CVP ihre Vorgaben davon abhängig, dass sie sinnvoll und möglich sind. Die CVP-Fraktion ist überzeugt, dass eine Ergänzung des BZR für eine rationelle Energieverwendung für die betreffenden Planungsgebiete ein Imagegewinn ist.

Martin Heiz opponiert dem Antrag. Er hat das Gefühl, der Antrag gehört nicht zu den Teilrevisionen, sondern müsste bei einer Gesamtrevision gestellt werden. Er schlägt vor, dass die CVP den Antrag in Form eines Vorstosses einreicht, damit das Anliegen bei der Gesamtrevision einfließen kann.

Werner Baumgartner ist überhaupt nicht dieser Auffassung. Es wurden bereits einigen Kompromissen zugestimmt. Die beantragte Forderung ist zeitgemäss und nicht unverschämte, da es nur eine kleine Auflage ist. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Erich Tschümperlin lobt die CVP und unterstützt ihren Antrag. Ein Umweg mittels Vorstoss wäre nicht effizient. Es ist eine moderate Forderung, wo es um effizientere Energiegewinnung geht.

Kathrin Graber verdeutlicht, dass der Vorschlag von der "politischen Mitte" kommt und deshalb moderat formuliert ist. Der Gemeinderat soll eine Prüfung vornehmen und er bekommt somit Kompetenzen. Es bestehen keine Forderungen. Ein entsprechender Vorstoss kann im Rahmen der Gesamtrevision immer noch nachgereicht werden.

Gemäss Matthias Senn kann der Gemeinderat für die zweite Lesung keine Vorschriften erlassen, welche strenger sind als die Kantonalen Vorgaben. Es gäbe ein Problem mit der Auflage. Der Gemeinderat wehrt sich gegen den Antrag der CVP.

Judith Luthiger unterstützt den Antrag der CVP. Kriens kann somit ein Zeichen setzen und weitsichtig planen. Es ist eine moderate Forderung und nur eine Prüfung.

Abstimmung über den Antrag der CVP:

Mit 18:12 Stimmen wird dem Antrag zugestimmt.

Aufgrund eines Fehlers des elektronischen Abstimmungssystems steht bei dieser Abstimmung das detaillierte Ergebnis nicht zur Verfügung.

Werner Baumgartner will vom Gemeinderat wissen, wie er die gesamte Verkehrssituation im Schlund-Gebiet beurteilt. Vor 4 Jahren wurde im Einwohnerrat darüber heiss diskutiert. Man hatte Angst vor zuviel Verkehr. Wie hat sich das Ganze entwickelt? Wurde eine entsprechende Analyse gemacht? Seines Erachtens hat es zuviel Verkehr in diesem Gebiet.

Gemäss Matthias Senn hat sich der Gemeinderat darüber unterhalten. Im Rahmen des Projekts Stadtentwicklung Luzern-Süd wurden die Zahlen gerechnet. Das Ergebnis ergab, dass es noch einzelne Nutzungen ertragen kann. Es ist jedoch klar, dass bei grösseren Bauvolumen Lösungen gefunden werden müssen. Mit der nächsten Ortsplanungsrevision müssen entsprechende Bestimmungen erfolgen.

Werner Baumgartner geht davon aus, dass dies geplant wird. Im Gebiet Obernau wurde nie etwas unternommen und nun herrscht ein totales Verkehrschaos.

Judith Luthiger erwähnt, dass der Einwohnerrat ein Vorstoss der SP betreffend "keine Siedlungspolitik vor Verkehrsplanung" abgelehnt hat. Nun kommt es trotzdem wieder zu dieser Frage. Es fehlen Aussagen zur verträglichen Verkehrsabwicklung. Spätestens beim Gestaltungsplanverfahren muss der Verkehr miteinbezogen werden. Sie hofft, dass die zweite Lesung auch Aussagen betreffend Verkehr beinhaltet.

Martin Heiz macht darauf aufmerksam, dass das Teilgebiet Eichhof West vergessen gegangen ist. Diese Beilage b wurde in der BK zur Kenntnis genommen. Wenn keine Änderungen seitens der neuen Eigentümer vorgenommen werden, wird der Einwohnerrat im Herbst 2009 bei der zweiten Lesung darüber befinden.

Erich Tschümperlin möchte vom Gemeinderat wissen, wie es mit den hängigen Einsprachen aussieht.

Matthias Senn antwortet, dass diesbezüglich am 8. Juli 2009 eine Sitzung mit der Pensionskasse der Stadt Zürich stattfindet. Dabei wird das neue Projekt vorgestellt. Der Vorschlag, wie die Bestimmungen aussehen können, liegt vor. Es wird somit nochmals zu einer Auflage kommen.

Bruno Bienz stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird und es bei der ersten Lesung zu keiner Abstimmung des Beschlusstextes kommt. Er bedankt sich bei den zwei Sachverständigen, Franz Hunziker und Urs Muff, und verabschiedet diese.

4. Bericht und Antrag: Teilrevision des Feuerwehreglementes

Nr. 068/09

Gemäss Martin Heini sieht die USK die Notwendigkeit der Revision des vorliegenden Reglements. Die Rahmenbedingungen im Versicherungsumfeld haben sich geändert. Das heutige Reglement über den Hilfsfonds sieht Leistungen vor, welche heute von Versicherungen abgedeckt werden. Das Geld konnte somit nicht mehr verwendet werden und soll wieder fließen können. Härtefälle wird es immer geben. Es ist sinnvoll, wenn neu quasi ein Darlehen zur Überbrückung verwendbar ist. Die USK möchte den Fonds in der Rechnung ausgewiesen haben. Die Äufnung des Fonds entstand aus Bussen für verpasste Feuerwehrrübungen und dergleichen und nicht aus Ordnungsbussen für Übertretungen gegen das Strassenverkehrsgesetz. Die USK empfiehlt einstimmig die Annahme des vorliegenden Berichtes und Antrages.

Für Viktor Bienz hat Martin Heini bereits alles Wichtige gesagt. Die CVP/JCVP-Fraktion ist für eine Genehmigung des Berichtes und Antrages. Der Hilfsfond – neu Unterstützungsfonds genannt – bekommt hiermit eine klare Regelung. Es hat auch in der Vergangenheit in der Feuerwehr Organisationsänderungen gegeben, welche nun im neuen Feuerwehreglement enthalten sind. Auch die Änderungen des Wasserversorgungsreglementes, die die Feuerwehr betreffen, sind nun wie damals in der BK versprochen wurde, bei der Teilrevision des Feuerwehreglements eingeflossen.

Gemäss Mirjam Kalt befürworten auch die Grünen Kriens die Änderungen des Feuerwehrreglements. Die Änderungen werden dem Lauf der Zeit angepasst und es ist sinnvoll, den Unterstützungsfonds in dem Sinne anzupassen, dass er nicht mehr nur bei Unfällen zum Tragen kommt. Unfälle werden heute von den Versicherungen übernommen. So kann der neue Unterstützungsfonds bei anderen Bedürfnissen angewendet werden und er kann aktiv bewirtschaftet werden.

Cyrell Wiget erwähnt, dass die Feuerwehr auch bei der Behandlung von Geschäften schnell ist. Er dankt dem Einwohnerrat für die Genehmigung des Berichts und Antrages.

Bruno Bienz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und es bei der Detailberatung keine Fragen gibt. Der Gemeinderat beantragt nur eine Lesung. Dafür benötigt es die Mehrheit von 2/3 der Anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates.

Abstimmung über die Behandlung der Teilrevision des Feuerwehrreglements in nur einer Lesung:

Die Behandlung in nur einer Lesung wird einstimmig genehmigt.

Es wird kein Rückkommen verlangt. Bruno Bienz liest folgenden **Beschussestext**:

1. Das Feuerwehrreglement vom 8. Juni 1995 wird wie folgt geändert:

Art. 8 Abs. 4

Die Feuerwehrkommission

- c) rekrutiert die Feuerwehreingeteilten, teilt sie ein und weist sie den Zügen und Abteilungen zu*
- s) stellt dem Gemeinderat Antrag auf Änderungen in der Verordnung über den Unterstützungsfonds der Feuerwehr*
- t) wählt 2 Mitglieder in den Vorstand des Unterstützungsfonds der Feuerwehr*
- u) prüft jährlich die Rechnung des Unterstützungsfonds der Feuerwehr und legt diese dem Gemeinderat zur Genehmigung vor*

Art. 15 und 16 werden gelöscht

Art. 35 Abs. 2

Es ist jedem bzw. jeder Feuerwehreingeteilten zuzustellen.

2. Die Teilrevision unterliegt der Genehmigung durch die Gebäudeversicherung des Kantons Luzern.

3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Teilrevision.

4. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Beschlussestext:

Dem Beschlussestext wird mit 29:0 Stimmen zugestimmt.

5. Bericht und Antrag: 1. Etappe Werterhaltung Schulanlagen / Genehmigung Bauabrechnung Schulhaus Amlehn & Meiersmatt Nr. 076/09

Das Geschäft wurde vom Gemeinderat zurückgezogen und somit abtraktandiert.

6. Planungsbericht: Öffentlicher Verkehr in der Gemeinde Kriens Nr. 074/09

Bruno Blenz begrüsst die Sachverständigen, Carmen Emmenegger vom Umwelt- und Sicherheitsdepartement sowie Pia Maria Brugger Kalfidis, Geschäftsleiterin ÖVL.

Gemäss Martin Heini anerkennt die USK die Wichtigkeit des öVs als Standort- und Wirtschaftsfaktor. Eine gute Anbindung an Luzern ist wichtig – jedoch nicht nur zum Bahnhof, sondern auch zu den Agglo-Gemeinden. Man ist sich bewusst, dass die Linie 1 entlastet werden muss. Die Linie 1 ist beliebt und sehr gut benutzt, was die oft überfüllten Busse zeigen. Die Kapazitätsvergrößerung die die Doppelgelenkbusse mit sich brachten, ist ein gutes Mittel und bewirkt, dass rund 200 Passagiere zusätzlich befördert werden können. Dies entspricht ca. 163 Autos. Die Ausnutzung und Effizienz der Strasse wird entsprechend erhöht.

Es wird nicht so weitergehen, dass wie in den letzten Jahren der grösste Anteil des Mehrverkehrs mit dem öV aufgefangen werden kann. Die Busangebote für die Quartiere und die Zubringer zur Linie 1 sowie das Angebot 30-Minuten-Takt sind nicht attraktiv und "bewegen" nicht zum Umsteigen. Der Verkehr muss an der Quelle aufgefangen werden. Die Einführung von Tangentiallinien als Entlastungsmassnahmen wird begrüsst. Jedoch nicht nur in Richtung Emmenbrücke und Tribtschen für die Pendler, sondern es wäre auch wünschenswert für den Bus 71 Richtung Eigenthal. Dies wäre gewinnbringend für den Tourismus.

Die Verabschiedung eines Schnellbusses ist aufgrund der Erläuterungen im Bericht nachvollziehbar.

Mit der Umsetzung des Verkehrsverbunds Luzern auf Dezember 2009 (Verschmelzung ÖVL mit Abteilung öV des Kantons Luzern und der Geschäftsstelle des Tarifverbundes Passepartout) findet eine Horizonterweiterung statt. Zudem werden die Risikobeiträge für Gemeinden kleiner.

Die Gegenargumente einiger USK-Mitglieder beinhalten die zu geringe Nachfrage an Randzeiten und dass der Individualverkehr durch den öV nicht behindert werden darf. z.B. durch lange Busse, Bus-Bevorzugungsanlagen oder Haltestellen auf der Strasse.

Schlussendlich war man in der USK der Auffassung, dass die verschiedenen Massnahmen weitergeführt werden sollen. Diese dürfen sich jedoch nicht behindern. Die sieben Vorstösse können als erledigt betrachtet werden.

Mit 3:2 Stimmen wird der Planungsbericht von der USK zur Kenntnis genommen.

Martin Heiz erwähnt, dass Eintreten in der BK unbestritten war. Der Bericht ist einerseits eine Standortbestimmung und andererseits werden eher kurz- bis mittelfristige Massnahmen aufgezeigt. Wobei die mittelfristigen Massnahmen im Moment noch mit keinen Jahreszahlen verbunden sind. Der Bericht zeigt auch, dass für eine Ausweitung des Angebotes recht hohe Mittel notwendig sein werden. Ob eine Verdichtung des Taktes auf der Linie 1 mehr bringt, ist eher fraglich. Fahren doch heute schon in Stosszeiten zum Teil 2 bis 3 Busse hintereinander. Es wird auch eine etappenweise Einführung von den vorgeschlagenen Massnahmen geben, was durchaus Sinn macht. Mit diesem Planungsbericht können 7 Vorstösse abgeschrieben werden.

Die BK nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

Gemäss Patrick Koch ist der vorliegende Planungsbericht ein umfassendes Paket, in welchem zahlreiche Vorstösse des Einwohnerrates verschachtelt sind. Diese beinhalten unzählige Begierlichkeiten zugunsten des ÖVs. Es gilt nun die vorhandenen Mittel effizient einzusetzen und das Maximum für Kriens herauszuholen. „Notweniges vor Wünschbarem“ muss die Devise lauten. Erfreut ist die SVP darüber, dass die Idee der Tangentiallinien nun ernsthaft geprüft wird, damit die Agglomerationsgemeinden ohne „Umweg“ über das Zentrum verbunden werden. Weiter begrüsst wird der verdichtete Fahrplan auf der Postautolinie Luzern-Kriens-Eigenthal am Wochenende. Als Zwängerei wird jedoch die Wiedereinführung des Sonn- und Feiertagsfahrplans auf der Linie 15 betrachtet. Die SVP will keine Geisterbusse. Die Nachfrage ist nicht gegeben. Der vermehrte Einsatz von Doppelgelenkbussen mag ein Lösungsansatz sein, wenn nötig müssen jedoch die Busbuchten baulich angepasst werden, damit die stehenden Busse nicht den ganzen Verkehr (inkl. ÖV) blockieren. Durch den vermehrten Einsatz von Doppelgelenkbussen kann die Kapazität auf der Linie 1 um über 15 % erhöht werden. Aus diesem Grund wird der Wunsch nach dem 4-Min.-Takt hinterfragt. Der Fahrplanintervall der Busse ist nach Erachtens der SVP zu knapp. Sie will keine Tatzelwürme.

Für die SVP absolut inakzeptabel sind die geplanten Busbevorzugungsmassnahmen auf der Obernauer- und der Luzernerstrasse, die offenbar nur zum Ziel haben, den IV derart zu behindern, dass das Auto als Transportmittel buchstäblich ausgebremst wird. Der Gipfel gegenüber dem IV ist die geplante Pfortneranlage im Obernau. Das Resultat dieses Schildbürgerstreiches wären lange Staus vor den Toren des Dorfes. Der IV wird regelrecht in den Boden gestampft. Dies ist eine Katastrophe für das Gewerbe und für das Image des Wirtschaftsstandortes Kriens. Die SVP ist entsetzt über diese Bankrotterklärung und Hilflosigkeit gegenüber dem sich stellenden Problem der Regelung des Gesamtverkehrs. Betrüblich ist auch, wenn Matthias Senn in einem Zeitungsinterview sagt, dass eine Fahrzeit von 20 Min. mit dem Auto von Kriens zum Bahnhof akzeptabel sei. Es ist sehr bedauerlich, dass der ÖV gegen den IV ausgespielt wird. Die SVP vermisst die wirklichen Visionen in diesem Planungsbericht. Warum hat man beispielsweise nicht die Amlehn- und Schachenstrasse in mögliche Varianten einer entlasteten Hauptverkehrsachse miteinbezogen? Die Umleitungen während dem Klaus- und Fasnachtreiben funktionieren jeweils bestens. Der Gemeinderat drückt sich vor der Aufgabe, sich mit dem IV zu befassen. Die Visionen für den IV fehlen total.

Die SVP setzt sich für ganzheitliche Lösungen in der Verkehrspolitik ein. Langsamverkehr, ÖV und IV ergänzen sich gegenseitig und sind angemessen zu fördern. Die SVP wünscht sich, dass die einzelnen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden und steht ein für

ein Mit- anstelle ein Gegeneinander. Aus diesem Grund fordert die SVP in einem bereits eingereichten Vorstoss einen Planungsbericht für den IV.

Die SVP stellt Antrag für ablehnende Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts.

Mirjam Kalt stellt klar, dass die Grünen dem Bericht und Antrag zum Planungsbericht über den öffentlichen Verkehr in der Gemeinde Kriens zustimmen werden. Dies machen sie mit der Überzeugung, dass darin einige wichtige Anliegen aufgenommen und den Bedürfnissen entsprechende Massnahmen vorgeschlagen werden. Mit diesem Bericht sind einerseits eine analytische Zusammenfassung der Situation und andererseits mögliche Konzepte vorhanden und es werden konkrete Massnahmen vorgestellt, die zum Teil bereits im Jahr 2009 angepackt werden können. Die Grünen stimmen diesem Bericht auch im Bewusstsein zu, dass er eigentlich längst überfällig ist und viele Themen seit einiger Zeit anstehen und gleichzeitig auch mit der Einsicht, dass dieser Planungsbericht kein grosser, neuer Wurf und keine visionären Ziele verfolgt. Im Gegenteil, er ist zurückhaltend formuliert, schlägt jedoch auch ganz konkrete Massnahmen vor.

Besonders erwähnenswert sind folgende Punkte:

- **Eigenthal-Takt:** Es ist wichtig, den öffentlichen Verkehr ins Eigenthal voranzutreiben, damit das grosse individuelle Verkehrsaufkommen eingedämmt werden kann und dadurch auch ein Schnellbus durch Kriens im Takt möglich ist.
- **Tangentiallinien:** Die Analysen zeigen, dass das Bedürfnis nach öffentlichen Verkehrslinien bestehen, die nicht über das Zentrum in Luzern führen. Damit ist auch zu hoffen, dass die Hauptlinie 1 entlastet wird.
- **Der Sonnenberg-Express** wird versuchsweise durch die VBL eingeführt. Da wäre es wichtig gewesen, wenn sich die Gemeinde Kriens hätte durchsetzen können, dass diese Versuchsphase zeitlich ausgedehnt worden wäre.

Gleichzeitig ist auch kritisch anzufügen, dass die visionäre Stossrichtung des öffentlichen Verkehrs und nicht des Individualverkehrs in diesem Bericht fehlt. Die Grünen fragen sich, warum die beiden Planungsberichte Nr.074/09 und Nr. 078/09 getrennt verfasst worden sind. Der Bericht Nr. 074/09 scheint die pragmatische Seite und der Bericht Nr. 078/09 die visionäre Seite der Medaille darzustellen. Es braucht kurzfristige Massnahmen und auch langfristige Ideen. Da wünschen sich die Grünen, dass die beiden Kräfte gemeinsam visionieren, entwickeln und planen würden. Zudem sind die Massnahmen für die Entlastung der Linie 1 zeitlich zu langfristig geplant. Diese Entlastungen braucht es früher und da diese ja kosten, braucht es eine gemeinsame Ideenentwicklung.

In diesem Sinne wünschen sich die Grünen die kurzfristige Umsetzung von wirkungsvollen Massnahmen und auch Visionen, die langfristig geplant werden können.

Für Thomas Lammer namens der FDP-Fraktion stellt der vorliegende Bericht insgesamt eine gute Auslegeordnung der öV-Situation in Kriens dar. Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht gemäss Antrag des Gemeinderates zur Kenntnis. Bezüglich der Hauptlinie 1 wird im Bericht richtigerweise dort die Priorität gelegt. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind durchaus mögliche Varianten, allerdings müssen die Kosten zuerst bekannt sein, bevor über einen höheren Takt oder den Einsatz von weiteren Doppelgelenkbussen entschieden werden kann. Im Bericht wird eine mögliche Variante einer Linienführung über die Schachenstrasse nicht erwähnt.

Eine neuerliche Prüfung dieser Variante wäre hier aber angezeigt. Interessant erscheint die Idee der Tangentiallinien. Aber auch hier müssen die Kosten zuerst bekannt sein.

Beim Ortsbuskonzept sticht vor allem die Verlängerung der Linie 11 als mögliche Option heraus. Dadurch könnte praktisch der gesamte Sonnenberg direkt in die Stadt fahren. Auch hier würde die FDP eine nochmalige Abklärung mit den privaten Grundbesitzern begrüssen, mit dem Ziel, eine Vernunftlösung herbeizuführen.

Skeptisch steht die FDP-Fraktion einer Angebotsausdehnung auf Sonn- und Feiertage gegenüber angesichts der tiefen Kostendeckungsgrade.

Gemäss Martin Heini ist auch die SP-Fraktion einstimmig für Eintreten. Mit den vielen eingereichten Vorstössen ist klar, dass die heutige Situation der Linie 1 nicht befriedigend ist. Auch "mobiles kriens" hat konkrete Forderungen und Vorschläge eingereicht. Die Linie 1 ist die "number one" und dies aus verschiedenen Aspekten. Es grenzt oft an eine Zumutung, wenn im Bus eng gestanden werden muss. Klar ist, dass der Individualverkehr zunehmen wird, wenn die Kapazität des Busses nicht ausgeweitet wird. Die SP begrüsst jegliche Massnahme, die dazu dient. Sei dies als Zubringer zur Linie 1, eine Verbesserung des Modalsplit, eine Anpassung der Betriebszeiten (auch für die Linie 71) oder die Einführung der Tangentiallinien. Beim Letzteren ist die SP froh, dass der Gemeinderat darauf einsteigt und bittet ihn gleichzeitig eine auch Weiterführung Richtung Littau Bahnhof und Seetalplatz zu prüfen.

Es liegt in der Verantwortung des Einwohnerrates, dass die von der Gemeinde eingesetzten Mittel für den öV effektiv und wirtschaftlich – sprich effizient eingesetzt werden. Es geht nicht mehr darum, Zivilschutzbunker zu bauen, weil die Hoffnung besteht, sie nie benutzen zu müssen, sondern es geht um öV-Mittel, die tagtäglich von Tausenden von Personen benutzt werden. Diese Leute zahlen dafür und erwarten Zuverlässigkeit und Komfort.

Wie erwähnt, ist die SP einstimmig für Kenntnisnahme und bittet den Gemeinderat in die Studien, Optimierungen und Umsetzungen einzusteigen.

Ursula Müller bemerkt, dass die CVP/JCVP-Fraktion mit Interessen den vorliegenden Planungsbericht öV in der Gemeinde Kriens gelesen hat. Im Bericht wird das heutige Inventar aufgezeigt und im Planungsbericht enthalten und geplant sind neue Möglichkeiten zur Verbesserung zur Angebotsoptimierung. Es geht in erster Linie um die Linie 1 und deren Entlastung, die hauptsächlich in den Hauptverkehrszeiten mit Kapazitätsengpässen zu kämpfen hat. Die vorgeschlagenen Optimierungsmassnahmen sind aus dem vorliegenden Bericht zu entnehmen.

Mit der Planung von Tangentiallinien wird eine Entlastung der Linie 1 angestrebt. Die alternativen Linienführungen führen den Fahrgast direkter an das Zielort. Die Linie 1 wird entlastet. Die Frage des Pfortners kann nicht mit Behindern des Individualverkehrs gleichgesetzt werden. Erwiesenermassen „lockt“ ein guter und einhaltbarer Fahrplan und komfortable Busse mehr Passagiere für den öV an, was wiederum mehr Billetteinnahmen generiert. Der Deckungsgrad wird höher, was für die Gemeinde ein Sparpotenzial darstellt und mehr Platz auf der Fahrbahn für den Individualverkehr bringt. Das sind Argumente, die selbst Gegner von Pfortner-Anlagen und geplanten Busspriorisierungen einleuchten sollten.

Das Postulat Baumgartner ist nach Auffassung der CVP/JCVP-Fraktion noch nicht abzuschreiben. Es war in der Vergangenheit nicht üblich, Vorstösse abzuschreiben, solange die Umsetzung noch ausstehend ist. Aus dem Bericht ist zu lesen, dass der Gemeinderat die im Postulat erwähnte Zielrichtung verfolgt und bestrebt ist, eine Attraktivierung des öVs zu erlangen und innert nützlicher Frist umzusetzen.

Auch beim Postulat Graber „Bus-Tangentiallinie von Kriens nach Littau und Emmen“ ist die Antwort unvollständig. Das Postulat verlangt, die Kosten einer solchen Tangentiallinie aufzuzeigen. Aus diesem Grunde soll auch dieser Vorstoss noch nicht abgeschrieben werden.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis

Guido Solari stellt klar, dass gemäss der neuen Geschäftsordnung des Einwohnerrates Postulate mit der Berichterstattung als erledigt gelten. Zudem liegen die erwähnten Vorstösse im Kompetenzbereich des Gemeinderates und nicht des Einwohnerrates.

Cyрил Wiget schlägt vor, die Traktanden 6 und 7 zusammen zu behandeln, da der öV sowie die Verkehrserschliessung der Gemeinde Kriens ineinander fliessen. Er und Matthias Senn haben darum zusammen eine Powerpoint-Präsentation vorbereitet.

Bruno Bienz bittet die beiden Gemeinderäte, ihre Präsentation nach der Pause, welche nun von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr stattfindet, zu erläutern.

Gemäss Matthias Senn sind neun parlamentarische Vorstösse in Sachen öffentlicher Verkehr im Krienser Parlament hängig. In diesem Bericht werden alle pendenten Vorstösse gemeinsam beantwortet. Zwei Planungsberichte zu Verkehrsfragen liegen vor und der Bericht Radrouten-Konzept ist in Bearbeitung. Der Gemeinderat startet nun die Planung und Optimierung des öffentlichen Verkehrs.

Durch Kriens führt eine Hauptachse, welche von allen Verkehrsteilnehmern genutzt wird. Im Zentrum fehlt ein Bahnanschluss. Kriens hat ca. 8'000 Wegpendler und ca. 5'500 Zupendler. Davon sind 34 % ÖV-Pendler und schätzungsweise 20 % Langsamverkehr-Pendler. Das Verkehrsaufkommen auf der Hauptachse ist seit dem Jahr 2000 konstant. Durchschnittlich wird die Hauptachse von 23'000 bis 24'000 Fahrzeugen befahren. Die Fahrgastzahlen der Bus Linie 1 sind seit dem Jahr 2000 um 33 % gestiegen. Der ÖV kann durch eine kurzfristige Weiterentwicklung des Bussystems auf der Hauptachse (Luzernerstrasse) und das Projekt K4 Kriens, Zentrum bis Einmündung Hergiswaldstrasse gefördert werden. Ziel des Gemeinderates bei der Busförderung ist es, die Hauptachsenproblematik auf der Kantonsstrasse K4 gesamt-haft zu betrachten. Die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Bussystems kann verbessert werden und eine konsequente Priorisierung des öffentlichen Verkehrs mit minimalen Wartezeiten für die Busse bei akzeptablen Wartezeiten für den Individualverkehr. Mögliche technische Weiterentwicklungen der heutigen Bussysteme sind das Pneutram oder das Autotram als spurengeführtes Bussystem. Eine Bahnhofzufahrt West oder Nord ist als nächster Ausbauschritt vom Tiefbahnhof zu einem Durchgangsbahnhof möglich. Ein Peoplemover mit der Linie Stadt Luzern – Kriens/Pilatusbahn – Obernau wäre eine langfristige Vision für Verkehr auf zwei Ebenen. Das Fazit des Gemeinderates ist, dass die kurz- und mittelfristigen Mass-

nahmen für die Verbesserung der Verkehrssituation von Kriens wichtig sind ohne die langfristigen Visionen aus dem Auge zu verlieren.

Gemäss Cyrril Wiget gab es vor 100 Jahren von Kriens über den Sonnenberg nach Luzern eine Bahnstrecke, welche im 12 Minuten Takt befahren wurde. Eine solche Fahrt dauerte damals 10 Minuten. Wie das allerdings ging, oder von welcher Haltestelle aus es 10 Minuten dauerte ist ihm nicht klar. Heute ist die Bus Linie 1 mit 9 Millionen Fahrgästen pro Jahr die Buslinie mit der höchsten Passagierfrequenz im Kanton Luzern. Trotz gutem Busnetz hat es Staus auf den Strassen. Beim Mischverkehr gibt es eine geringe Zunahme. Die Lösung für einen besseren Verkehrsfluss liegt aus Sicht der Gemeinde Kriens beim Langsamverkehr sowie beim öffentlichen Verkehr. In den parlamentarischen Vorstössen wurde immer wieder die Lösung mit Schnellbussen und separaten Busstreifen thematisiert. Aber der Ausbau des bestehenden Strassenraums ist schwierig und die Schnellbusse fahren auf dem gleichen Trasse. Die Lösung wird in der Entflechtung des ÖV-Systems gesehen. Die Entflechtung sieht vor, die Hauptlinie mit einer Tangentiallinie zu entlasten, damit der Hauptverkehr nicht mehr nur auf der Luzernerstrasse und über den Bahnhof geführt wird. Aufgrund der ausgewiesenen Pendlerströme, werden folgende Varianten durch den ÖVL vorgeschlagen:

Variante 1: Tribtschen – Eichhof – Kriens Busschleife – Renggloch – Littau Gasshof

Variante 2: Obernau – Kriens – Grosshofstrasse – via Autobahn – Sedel – Seetalplatz - Sprengi

Für die Tangentiallinien gibt es folgende Vorschläge: Littau – Obernau – Kriens – Eichhof – Tribtschen und (Obernau-) – Kriens – Grosshofstrasse – via Autobahn – Sedel – Seetalplatz – Sprengi

Die nächsten Schritte für die Tangentiallinien sind die Verbesserung der Erschliessung an den Wochenenden mit der Einführung eines Taktfahrplans (Dezember 2009), die Analyse des Testversuchs Kriens – Emmenbrücke und Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen, die Planung der Tangentiallinie Kriens – Tribtschen und Kriens – Malters, der Einsatz von Doppelgelenktrolleybussen und die Optimierung des Ortsbusnetzes.

In der Gemeinde Kriens verkehren vier Ortsbusse. Die Linie 11 fährt vom Bahnhof Luzern im Halbstundentakt bis Dattenberg. Eine durchgehende Verbindung bis ins Zentrum von Kriens besteht nicht. Heute verkehrt die Linie 15 in die Quartiere Wichlern und Gehri (je Stundentakt) und Sonnenberg (Halbstundentakt, aber Rundkurs). Die Realisierung des Projekts AggloMobil führte im Dezember 2004 zu einer Neuorganisation und Ausdünnung des Buslinienbetriebes. Die Abendkurse sowie die Sonn- und Feiertagsfahrten wurden gestrichen. Als Alternative baute der Verein Telebus den bestehenden Rufbus aus. Die Linie 16 fährt von Kriens im Halbstundentakt bzw. Stundentakt über Mattenhof, Pilatusmarkt, Horw Zentrum nach Spitz, die Linie 31 im 15- bzw. 30- Minuten-Takt von Luzern Kasernenplatz über Eichhof zum Pilatusmarkt.

Das neue Liniennetz in Kriens könnte in einem Vollausbau wie folgt aussehen:

Die heutigen Taktfahrpläne der Linien 11/15 und 16 wurden analysiert. Daraus ergaben sich folgende Lösungsvorschläge:

- Die Linie 11 Luzern – Dattenberg wird via Sonnenberg nach Klösterli verlängert.
- Die Linie 11 bietet im Abschnitt Luzern – Dattenberg wie bisher in den Hauptverkehrszeiten

- den Viertelstundentakt (Nebenverkehrszeiten ebenfalls Halbstundentakt).
- Die bestehende Linie 15 mit den drei Strecken nach Sonnenberg, Sidhalde und Bachstrasse wird durch drei neue Linienführungen ersetzt.
- Die Linie 15 wird als Durchmesserlinie von Dattenberg via Busschleife nach Sidhalde betrieben.
- Die Wiedereinführung des Sonn- und Feiertagsangebots auf der Linie 15 wird vorgenommen.
- Die Linie 16 wird neu nicht mehr an die Busschleife, sondern zur Pilatusbahn und weiter bis Gehri geführt. Damit kann das touristische Ziel Pilatusbahnen besser erschlossen werden.
- Die Linie 16 bietet im Mattenhof Anschluss in Richtung Luzern und Hergiswil. Damit wird dem Wunsch der Gemeinde Kriens nach einer alternativen Reiseroute nach Luzern entsprochen
- Die Prüfung eines Linienangebots oder Weiterführung des Rufbussystems wird vorgenommen.
- Alle drei Linien werden im Halbstundentakt bedient und bieten für die Weiterreise Anschluss an die Linie 1.

Mit der organisatorischen Zusammenführung des öffentlichen Regionalverkehrs und des öffentlichen Agglomerationverkehrs zum öffentlichen Personenverkehr sind die Kosten des öffentlichen Personenverkehrs neu gesamthaft auf alle Gemeinden zu verteilen und unter ihnen nach einem einheitlichen Schlüssel aufzuteilen.

Weiteres Vorgehen:

Der Kantonsrat Luzern hat das neue Gesetz über den öffentlichen Verkehr in zweiter Lesung genehmigt. Der Gemeinderat Kriens wird nach der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2009 dem Zweckverband öffentlicher Agglomerationsverkehr und dem neuen Verkehrsverbund seine Beurteilung und Schlussfolgerung für die zukünftige Planung im öffentlichen Verkehr in der Gemeinde Kriens mitteilen.

<i>Jahr</i>	<i>Massnahmen</i>	<i>Gesamtkosten (Bruttokosten)</i>	<i>Kosten für Kriens</i>
2. – 26. Juni 2009	Versuchsphase Schnellbus Kriens – Emmenbrücke		Fr. 0.00 (wird durch VBL AG finanziert)
Dezember 2009	Taktverbesserung an den Wochenenden der Linie 71 Luzern – Kriens – Eigenthal		Fr. 5'000.00 pro Jahr
Dezember 2010	Einführung einer Tangentiallinie Kriens – Eichhof - Tribtschen
Dezember 2010	Einführung einer Tangentiallinie Kriens – Malters
Dezember 2010	Optimierung Ortsbusnetz - Einführung Sonn- und Feiertagsfahrplan	Gesamtbruttokosten ca. 1.2 Mio. (Minderkosten von Fr. 300'000.00 mit Rufbus)	...
Dezember 2011	Optimierung Ortsbusnetz - Überarbeitung der Linienführungen	do.	...
??	Einsatz von Doppelgelenktrol-	Gesamtbruttokosten für	Gemäss Kostenteiler

	leybusse um die Kapazitätserweiterung der Linie 1 zu erreichen.	den öffentlichen Verkehr ca. 1.2 Mio.	(siehe Grafik Seite 8, 9)
??	Angebotsverdichtung zum 4-Min.-Takt	Gesamtbruttokosten für den öffentlichen Verkehr ca. 1.2 Mio	Gemäss Kostenteiler (siehe Grafik Seite 8, 9)
??	Ergänzung Tangentiallinie Littau Gasshof- Kriens – Tribtschen
??	Tangentiallinie Obernau – Kriens – Grosshofstrasse – via Autobahn – Sedel – Seetalplatz – Sprengi

Cyrill Wiget bedankt sich bei Frau Brugger und ihrem Team für die Mitarbeit. Falls jemand aus dem Einwohnerrat Fragen hat, können diese direkt an Frau Brugger gestellt werden.

Bruno Bienz dankt Matthias Senn und Cyrill Wiget für die Ausführungen.

Gemäss Erich Tschümperlin ist ein ungenügendes Quartierbusangebot tatsächlich ein Problem. Quartierbusse sind keine Individualwünsche. Wer keinen vernünftigen Zubringer zu den Hauptlinien hat, ist vom ÖV abgeschnitten und wird nicht umsteigen. Wie im Bericht zu lesen ist, braucht es ein gewisses Minimalangebot, sonst findet das Umsteigen nicht statt. Ein ungenügendes Angebot bei den Ortsbussen hat eine schlechte Benützung des ÖV's zur Folge.

Bruno Bienz führt aus, dass gemäss Geschäftsordnung mit diesem Bericht die folgenden Vorstösse erledigt sind:

- Bericht Postulat Heini: Attraktivität des öffentlichen Verkehrs Nr. 002/04
- Bericht Postulat Bättig: Chancen erkennen und nutzen, Entlastung der Buslinie 1, Förderung der Linie 11 Nr. 169/06
- Bericht Postulat Baumgartner: Verbesserung des Busverkehrs Nr. 219/09
- Bericht Postulat Morf: Die Zeit ist reif für einen Schnellbus Nr. 220/07
- Bericht Postulat Heini: Entlastung Bus 1 ab Grosshof mit Bus 31 Nr. 227/07
- Bericht Postulat Graber: Bus-Tangentiallinie von Kriens nach Littau und Emmen Nr. 008/08
- Bericht Postulat Baumann: Ortbus Kriens: Optimiertes Angebot für Krienserinnen und Krienser Nr. 288/08

Es findet keine Abstimmung statt.

Die SVP stellt den Antrag, die Kenntnisnahme des Berichts abzulehnen.

Abstimmung über den Antrag der SVP:

Der Antrag wird mit 23:7 Stimmen abgelehnt.

Baumgartner, Werner	Nein
Betschart, Daniel	Ja, ablehnend
Bienz, Viktor	Nein
Bründler, Anton	Nein
Bründler, Josef	Nein
Brunner, Joe	Nein
Burkhardt, Roland	Enthaltung
Camenisch, Räto	Ja, ablehnend
Dalla Bona, Johanna	Nein
Erni, Roger	Nein
Fluder, Hans	Ja, ablehnend
Frey, Maurus	Nein
Graber, Kathrin	Nein
Hauser, Bernadette	Nein
Heini, Martin	Nein
Heiz, Martin	Ja, ablehnend
Hug, René	Nein
Kalt, Mirjam	Nein
Kaufmann, Christine	Nein
Koch, Patrick	Ja, ablehnend
Konrad, Simon	Nein
Lammer, Thomas	Nein
Luthiger, Judith	Nein
Maldonado, Jennifer	Nein
Marbacher, Monika	Nein
Müller, Ursula	Nein
Portmann, Peter	Ja, ablehnend
Thalmann, Robert	Ja, ablehnend
Tschümperlin, Erich	Nein
Urfer, Mario	Nein
Wili, Alexander	Nein

Bruno Bienz liest den folgenden **Beschlussestext**:

Der Einwohnerrat der Gemeinde Kriens nimmt in Anwendung von § 26 Abs. 1 lit. d der Gemeindeordnung vom 13. September 2007 den Bericht Nr. 074/09 des Gemeinderates Kriens vom 27. Mai 2009 über den Planungsbericht "Öffentlicher Verkehr in der Gemeinde Kriens" zur Kenntnis.

7. Planungsbericht: Verkehrserschliessung der Gemeinde Kriens (Planungen & Visionen)

Nr. 078/09

Martin Heini zitiert Erhard H. Bellermann: "Mit Visionen ist man reif für die Psychiatrie oder geeignet für die Politik". Endlich zeigt der Gemeinderat zum Thema Verkehrserschliessung Visionen auf. Aus Sicht der USK haben die Ideen einen grossen Realitätsbezug. Das macht die Visionen konkret und kritisierbar, aber es gibt wenigstens welche. Im zweidimensionalen Denken ist man stecken geblieben. Die heutige Strassenfläche lässt sich nicht vergrössern. Die Bus-Varianten sollten weiterverfolgt und forciert werden. Der Vorteil der Umsetzung einer Vision auf der Strasse ist, dass sie in greifbarer Nähe und kostengünstig ist. Keine zusätzliche Verkehrsflächen und die bleibenden Abhängigkeiten sind die Nachteile. Als dritte Dimension kommt die Tiefe in Frage. Der Tiefbahnhof Luzern ist näher gerückt denn je. Luzern wird profitieren, Kriens aber eher nicht. Die Kosten sind zu hoch, auch für einen Abzweiger unter der Allmend. Die Finanzierbarkeit wurde in der Kommission als fraglich bezeichnet. Ein Nachteil ist, dass das Projekt in zu weiter Ferne liegt. Der Gemeinderat soll jedoch daran bleiben. Neben der Tiefe kann man auch in die Höhe gehen. Die Kommission unterstützt den Gemeinderat mit der Idee des Peplemovers voll. Diese Vision kann am schnellsten umgesetzt werden, auch wenn es erst unter "langfristiger Entwicklung" erscheint. Die Umsetzung wäre relativ kostengünstig, schnell und es werden technische Innovationen vorausgesetzt. Heute scheint das vielleicht noch utopisch, aber die Schweiz hat das technische Potential dazu. Man sollte sich aber keine Illusionen machen, denn es gibt viele Hürden, wie z.B. Raumplanung, Städtebau, Finanzierung. Die Kommission sieht ein Handlungsfeld und die Dringlichkeit. Befremdend dagegen wirkt, dass auch mit diesem Bericht noch keine greifbare Verbesserung in Sichtweite ist, die einer Stadt mit 26'000 Einwohnern entspricht. Für diese Visionen ist das Zeitfenster zu gross. Der motorisierte Individualverkehr darf durch den ÖV nicht behindert werden. Der Planungsbericht wurde in der USK mit 3:2 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Auch mit diesem Planungsbericht können vier Vorstösse erledigt werden. In diesem Planungsbericht werden auch die Interpellation von Daniel Piazza und von Maurus Frey beantwortet. Aus Sicht der BK ist es wichtig, dass sich die Fraktionen auf eine gemeinsame Stossrichtung einigen können. Die mittel und langfristigen Optionen sollen vorangestellt werden, nachdem in den letzten ca. 30 Jahren eine kurzfristige Optik im Vordergrund stand. Wie zum Beispiel auf Seite 15 dieses Planungsberichtes zu sehen ist, wurden bei den Prioritäten die einzelnen Punkte in umgekehrter Reihenfolge aufgelistet. Es gibt auch noch andere Visionen, welche in diesem Bericht leider nicht erwähnt wurden. Zum Beispiel die Realisierung einer durchgehenden Busspur vom Obernau bis Kupferhammer oder die Führung des Busverkehrs im Einbahnverkehr über die Schachen-, Amlehn- und Luzernerstrasse. Die BK ist mit den Ausführungen einverstanden und nimmt diesen Planungsbericht zur Kenntnis.

Nach René Hug nimmt die FDP-Fraktion den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Die FDP-Fraktion hat festgestellt, dass es auch nicht wahnsinnig viele Möglichkeiten gibt. Sie sind zum Schluss gekommen, dass Kriens in eine Hochbahn investieren sollte. Deshalb reicht die Fraktion eine Motion ein, mit welcher der Gemeinderat beauftragt wird, im Voranschlag 2010 den Betrag von Fr. 50'000.00 für eine erste Abklärung betreffend Machbarkeit einer Hochbahn zu budgetieren und eine solche Studie in Auftrag zu geben.

Anton Bründler kommt es so vor, als ob Kriens ein Reservat wäre. Kriens wird ausgebremst. Wenn es um das Zahlen der Steuern geht, ist man immer top und dabei. Der Kanton hat nun die Ausrede, dass es zu kompliziert wäre eine 2. oder 3. Schiene für einen Bahnanschluss einzuziehen. Die SVP wird sich zu gegebener Zeit wieder mit Vorstössen melden. Heute kann man in der Zeitung lesen, für wie viele Millionen das Rohntal erschlossen wird. Kann Kriens nicht auch etwas fordern? Auch der Individualverkehr sollte besser angeschaut werden. Vor 40 Jahren wurden Umfahrungsstrassen abgelehnt.

Alexander Wili namens der GP60+ hat das Projekt "Hochbahn" mit Ingenieuren angeschaut. Sie sind der Meinung, dass es die billigste, am schnellsten realisierte und anschaulichste Lösung ist. Man sollte die Planung jedoch sofort in die Hand nehmen und nicht, wie im Bericht steht, als langfristige Entwicklung anschauen. Die Machbarkeitsstudie muss möglichst schnell an die Hand genommen werden. Alexander Wili freut sich darüber, dass die USK und die FDP diesem Projekt zustimmen.

Gemäss Martin Heini ist die SP-Fraktion einstimmig für Eintreten. Endlich gibt es ein Papier voller kreativer und dennoch realistischer Visionen, so realistisch, wie Visionen eben sein können bzw. müssen. Ein Ziel ohne Vision wird nur mit halber Kraft verfolgt. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für diesen Bericht. Es macht Spass, diesen zu lesen. Der Gemeinderat lehnt sich aus dem Fenster und denkt über die 4 Jahre hinaus. Was nützt es, wenn man heute über Notwendigkeiten diskutiert, wenn einem die Realität schon lange überholt hat? Jetzt ist es Zeit um zu handeln, die Visionen sind bald reif für die Umsetzung. Das Projekt "Tiefbahnhof" war noch nie so nah. Die SP-Fraktion unterstützt den Gemeinderat voll und ganz, sich weiterhin für die Erschliessung der Gemeinde Kriens einzusetzen. Der Visions- und Mutlosigkeit des Kantons sollte man sich nicht beugen. Die Vision ist das Ziel. Egal ob eine unterirdische Bahn oder ein Peoplemover, beides sollte weiterverfolgt werden. Kriens in ein Verkehrsnetz einzubinden ist eine super Idee. Nur so kann man die Probleme wirklich lösen. Ein neues ÖV-Mittel sollte nicht gegen den Bus ausgespielt werden. Warum keinen so genannten "Quantensprung" wagen, wegen einer dann als antik zu bezeichnenden Buslinie 1? Um die Kosten tragen zu können würde die SP-Fraktion gerne schon jetzt einen Fonds ins Leben rufen. Sie zählt auch auf die Unterstützung der Bürgerlichen und bittet alle Fraktionen ihre Kantonsräte zu mobilisieren. Martin Heini bittet, den Planungsbericht einstimmig und mit Begeisterung zur Kenntnis zu nehmen.

Die CVP/JCVP-Fraktion wertet es nach Viktor Bienz sehr positiv, dass der Gemeinderat im Planungsbericht "Verkehrerschliessung der Gemeinde Kriens" Visionen aufzeigt. Im gleichen Zug kommt die Realität von Wünschen und Machbarem zum Vorschein. Grundsätzlich findet es die CVP/JCVP-Fraktion positiv, was der Gemeinderat unternimmt und unternehmen will. Die Hochbahn erachten auch sie als die beste Variante. Jedoch sind sie der Meinung, dass in der Zukunft vieles vom Tiefbahnhof Luzern abhängig ist. Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis.

Maurus Frey bedankt sich bei allen, die sich für eine bessere Erschliessung von Kriens stark machen. Es ist wichtig, dass man sich in diesem Punkt einig ist. Wenn es um die Realisierung geht, muss sich der Gemeinderat schlussendlich gegenüber dem Kanton und den Geld-

gebern gut aufblasen können. Die Grüne-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis. Visionen sind keine Träume sondern Ziele.

Matthias Senn dankt für die interessante Diskussion.

Räto Camenisch findet es toll, dass der Gemeinderat auch einmal Visionen zu Papier gebracht hat. Visionen bringen Kriens weiter. Für die Hochbahn kann er sich allerdings gar nicht begeistern. Aber das Tram in Montpellier ist eine super Sache. Ansonsten gibt es nur noch die Möglichkeit für eine Lösung in der Tiefe. Falls der Tiefbahnhof in Luzern tatsächlich realisiert wird, kostet das so viel, dass für die Gemeinden im Kanton Luzern danach jahrelang kein Rappen übrig bleibt. Die Verkehrspolitik in Luzern wird ohne Kriens gemacht, es wäre sicher möglich Kriens an den Bahnhof Mattenhof anzuschliessen. Es ist toll, dass man endlich Visionen hat, man soll sich aber auch bewusst sein, dass die Weichen dafür schon weiter oben gestellt wurden.

Erich Tschümperlin findet es schade, dass jetzt wieder Gründe, die dagegensprechen, gesucht werden. Es gibt immer 1000 Gründe, weshalb eine Vision nicht umgesetzt werden kann. Es nützt jedoch nichts wenn man jammert. Dass nichts gratis ist, weiss man. Jetzt sollte man nicht schon wieder die Zelte abbrechen, sondern zuerst prüfen.

Joe Brunner fragt sich, ob die Krienser Kantonsräte überhaupt für Kriens stimmen.

Bruno Bienz führt aus, dass gemäss Geschäftsordnung mit diesem Bericht die folgenden Vorstösse erledigt sind:

- | | |
|--|------------|
| - Bericht Postulat T. Bründler: Kriens ohne Stau | Nr. 032/08 |
| - Interpellation Piazza: "Nächster Halt, Bahnhof Kriens" | Nr. 036/09 |
| - Interpellation Frey: Finanzierung neuer ÖV-Projekte | Nr. 047/09 |
| - Bericht Postulat Wiget: Schnellbahn Kriens | Nr. 312/00 |

Bruno Bienz liest den folgenden **Beschlussestext**:

Der Einwohnerrat der Gemeinde Kriens nimmt in Anwendung von § 26 Abs. 1 lit. d der Gemeindeordnung vom 13. September 2007 den Bericht Nr. 078/09 des Gemeinderates Kriens vom 27. Mai 2009 über den Planungsbericht "Verkehrerschliessung der Gemeinde Kriens: Planungen und Visionen" zur Kenntnis.

Bruno Bienz dankt den Beiden Sachverständigen Pia Maria Brugger Kalfidis und Carmen Emmenegger und verabschiedet sie.

8. Bericht: Verbesserungen im Radroutennetz

Nr. 075/09

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Dieser Bericht zeigt ein gesamthafte Bild, wo noch Verbesserungen oder Korrekturen nötig sind. Mit diesem Bericht können insgesamt elf Vorstösse abgeschrieben werden. Die ältesten stammen aus den Jahren 1988, 1999 und 2005. Somit werden mit diesem Bericht auch einige Pendenzen aufgearbeitet. Der Bericht ist sehr ausführlich, informativ und ist mit Bildern sehr gut dokumentiert. An dieser Stelle auch einen Dank an Franz Baumann. Im Bericht werden die Prioritäten für eine allfällige Umsetzung festgelegt. Mit einem B+A für einen Gesamtkredit wird dann die Umsetzung in die Wege geleitet. Damit kann der Einwohnerrat nochmals zu den geplanten Verbesserungen oder Optimierungen Stellung nehmen. In diesem Sinne ist die BK mit diesem Bericht einverstanden.

Nach Joe Brunner, namens der SP-Fraktion, braucht es manchmal Jahre, bis man merkt, dass verschiedene Verkehrsteilnehmende gemeinsam einen Raum benutzen. Daraus resultieren zwangsläufig Interessenkonflikte, welche in Kriens seit Jahren zu Unmut aber auch zu Diskriminierung des langsamen Verkehrs mit sich zog. Die Radfahrenden wurde als 2. Klasse abgetan und ihr Raum für die Fortbewegung als nicht so dringend eingestuft. Dies zeigte sich auch deutlich in den vielen Vorstössen von Parlamentarierinnen bzw. Parlamentarier, welche auf diverse Missstände hinwiesen. Der Bericht Baumann zeigte eindrücklich auf, wo und was noch getan werden muss. So ist die SP erfreut, dass der neue Gemeinderat den Worten nun Taten folgen lässt und eine schnelle Umsetzung des Radroutennetzes in Angriff nimmt. Zu den Verkehrsproblemlösungen in Kriens tragen die Velofahrenden einen grossen Anteil bei. Die Gemeinde Kriens sollte sie auch entsprechend behandeln und ihnen mit modernen und effizienten Radrouten den nötigen Raum zur Verfügung stellen. Auch bauliche Eingriffe sind zügig umzusetzen. Der SP ist es auch wichtig, den anderen Verkehrsteilnehmenden aufzuzeigen, wo die Fahrradfahrenden die gleiche Strasse benutzen wie die restlichen Fahrzeuge. Dies bedingt eine konsequente Ausmalung des Fahrradweges auch in Zonen 30. Sind dann noch die letzten Schotterpisten geteert, steht der Freude der Fahrradfahrenden in Kriens nur noch die Topografie von 150 Höhenmetern von der Kuonimatt bis ins Obernau an. In diesem Sinne ist die SP für das Eintreten und gratuliert dem Gemeinderat für diesen tollen Bericht.

Gemäss Erich Tschümperlin freuen sich die Grünen Kriens, dass endlich wieder einmal das Radroutennetz im Einwohnerrat behandelt wird. Der Bericht zeigt, dass der Veloverkehr in Kriens immer noch einen sehr schweren Stand hat. Erstens wird im Bericht erwähnt, dass der Verkehrsrichtplan aus dem Jahr 1992, bezüglich Velo, immer noch grosse Defizite aufweist und nicht eingehalten wird. In den letzten 17 Jahren hat die Bevölkerung markant zugenommen. Statt die ursprünglichen Massnahmen umzusetzen und zu ergänzen, wurden diese bei weitem nicht umgesetzt. Eine verkehrte Logik. Zweitens zeigen die elf Vorstösse, die mit diesem Bericht behandelt werden, dass in Kriens leider immer noch viele Probleme vorhanden sind im Umgang mit dem Velo. Im Einwohnerrat diskutiert man gerne über Standortvorteile, über tiefe Steuern, wirtschaftliche Attraktivität. Bezüglich Velo ist man hier in Kriens immer noch im späten Mittelalter. Man hat die Entwicklung verschlafen und einseitig den Individualverkehr gefördert. Erst in der jüngsten Zeit sind einige, zaghafte Verbesserungen vorgenommen worden. Wenn man vergleicht, was innovative Gemeinden bezüglich Langsamverkehr bieten, dann sieht man schnell was der Gemeinde Kriens fehlt:

- Eine Gesamtplanung für das Radroutennetz, abgeleitet und abgestimmt mit dem Verkehrsrichtplan und der politische Wille dies auch umzusetzen. Das heisst, auch die nötigen Mittel zu sprechen.
- Zusammenhängende und durchgehende Routen, sowohl längs, wie auch quer zum Kriensertal. Dies bedeutet auch Übergänge, welche sicher sind und flüssiges Fahren erlauben.
- Radrouten die Sinn machen und nicht einfach über die Jahre aus Teilstücken zusammengeflickt werden.
- Radrouten die den Namen verdienen und auf denen man seine Kinder mit gutem Gewissen Velo fahren lassen kann.

Das Sündenregister in Kriens ist lang:

- Die Schachen-Amlehnstrasse ist für Velofahrer und Velofahrerinnen schlicht und einfach gefährlich. Sein Kind kann man nicht mit gutem Gewissen auf diese Strasse lassen.
- Es gibt etliche Kreisel in Kriens die für Velofahrer einfach gefährlich sind.
- Beim neuen Aldi wurde die Strasse neu gemacht. Wo ist hier der Veloweg?

Diese Liste liesse sich noch lange fortsetzen. Ein attraktives Radroutennetz ist in der Agglomeration Luzern ein wichtiger Standortvorteil, gerade wenn man weiss, wie schnell der durchschnittliche Autofahrer unterwegs ist. Gute Steuerzahler fahren auch nicht gerne auf gefährlichen Autostrassen und für ihre Kinder wollen sie gute und sichere Velorouten. Selbstverständlich begrüsst die Grüne-Fraktion auch die einzelnen Massnahmen im Bericht. Aber noch wichtiger ist ihnen, dass der Gemeinderat ein neues, aktuelles Radroutenkonzept ausarbeiten will und dass er dazu einen Massnahmenplan mit einem B+A liefert. Sie hoffen sehr, dass dies der erste Schritte hin zu einem velofreundlichen Kriens ist. Die Grüne-Fraktion nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis.

Die CVP/JCVP-Fraktion findet nach Bernadette Hauser das Vorgehen, die verschiedenen Vorstösse zum Radroutennetz in einem Bericht zusammenzufassen gut. Tatsächlich ist es auch so, dass in den letzten Jahren Massnahmen umgesetzt wurden und damit Verbesserungen im Radroutennetz erreicht werden konnten. Z.B. die Verbindung Südstrasse – Sackweidstrasse ist umgesetzt und damit die (fast) durchgehende Verbindung vom Zentrum bis ins Restaurant Obernau oder Kupferhammer – Grosshof. Andere umgesetzte Massnahmen sind teilweise nicht gerade berauschend, z.B. in der Fenkernstrasse kommt sich der Auto- und Veloverkehr nicht selten in die Quere. Oder die Einfahrt vom Dorfplatz in die Gallusstrasse.

Ein paar Bemerkungen zu einigen Vorstössen:

Postulat Bättig

Bei der Einmündung von der Luzernerstrasse in die Amlehnstrasse ist die Führung des Veloweges mit den Kurven nicht fahrradfahrerfreundlich und teilweise gefährlich. Die Autofahrenden fahren mit ihrem Auto auf den Velostreifen, halten an, um genügend Sicht zu haben, ob von rechts ein Fahrzeug kommt. Die Sicht für die Autofahrenden ist ungenügend, mit dem Ausweichen auf den Velostreifen gefährden sie die Velofahrer.

Postulat Hauser

Die Verkehrsführung für Velofahrende ist nicht zufriedenstellend. Dass die aktuelle Führung der Radroute von den Velofahrenden akzeptiert wird, stimmt nur teilweise. Wer das nicht

glaubt, soll einmal zu den Morgen- und Abendzeiten die Situation beobachten. Die Kurve ist zu eng, die Betoninsel wurde zwar entfernt, die Situation entschärft, aber zufriedenstellend ist die Situation nicht. Viele schneiden die Kurve, fahren links am Pfosten vorbei. Die Bemerkung bei Wichtigkeit und Dringlichkeit „vernachlässigbar“ ist etwas despektierlich.

Postulat Baumgartner / Hauser

Die Einfahrt vom Dorfplatz in die Gallusstrasse ist gefährlich, da die Gallusstrasse auch von Last- oder Lieferwagen befahren wird, zudem ist der Weg oft durch Autos versperrt, die bei der Einfahrt verbotenerweise parkieren. Der Veloweg bis Sportplatz und Freibad ist nicht durchgehend bzw. ohne Umweg. Die z.T. beschriebenen Umwege sind eine Zumutung und werden nicht benützt.

Postulat Müller

Der Vorschlag grüner Pfeil, mit der Fortsetzung oranger Pfeil müsste prioritär umgesetzt werden. Dies war auch das Ziel des Vorstosses. Die Varianten mit Velowegen durch den Wald ist nicht realistisch, da Kinder und auch viele Erwachsene vor allem abends nicht den Weg durch den Wald wählen und auch das wieder ein Umweg wäre. Es ist eine Zumutung für die Velofahrenden, wenn erwartet wird, dass teilweise grosse Umwege in Kauf genommen werden müssen. Bernadette Hauser möchte wieder einmal ins Bewusstsein rufen, dass alle Velofahrenden sowohl den Individualverkehr, als auch die überfüllten Busse entlasten. Gute Veloverbindungen tragen dazu bei, dass die Attraktivität, als auch die Sicherheit für die Velofahrenden erhöht wird.

Bei den Verbesserungsvorschlägen auf Seite 20 hat es gute Ideen darunter, die angedacht, aber nicht konsequent zu Ende gedacht sind. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass eine breit abgestützte Arbeitsgruppe oder Kommission eingesetzt werden soll, die Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit und Tauglichkeit prüft. Dass die Erstellung eines B+A auf die Pendenzenliste aufgenommen wird, finden sie gut. Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis. Sie sind froh, dass das Thema aufgenommen wird, aber ein velotaugliches Vorgehen ist zwingend für eine gute Umsetzung.

Räto Camenisch, namens der SVP, nimmt den Bericht zur Kenntnis. Alle Verkehrsträger sollten ihre Rolle gut spielen können. Man muss nur schauen, wie sie aneinander vorbei kommen. Es geht alles auf die Kosten des Individualverkehrs.

Gemäss Josef Bründler hat die FDP-Fraktion den Bericht positiv zur Kenntnis genommen. Sie haben jedoch ein Fragezeichen, was die Finanzierung betrifft.

Nach Matthias Senn ist es wichtig, ein neues Radroutenkonzept auszuarbeiten. Das Projekt beim Knoten Kupferhammer ist am Laufen. Im Moment verhandelt die Gemeinde noch mit dem Kanton darüber, wer zahlt.

Bruno Bienz führt aus, dass gemäss Geschäftsordnung mit diesem Bericht die folgenden Vorstösse erledigt sind:

- Bericht Postulat Nyfeler/Urfer: Bau eines Fussweges zwischen der Horwerstrasse und der Schweighofstrasse Nr. 099/88
- Bericht Postulat Baumann: Verkehrssicherheit auf der Arsenalstrasse Nr. 218/99
- Bericht Postulat Lanz: Lückenlose Realisierung des Radroutenkonzeptes in der Gemeinde Kriens Nr. 053/05
- Bericht Postulat Bättig: Schulwegsicherung Amlehnstrasse / kein neuer Unfallschwerpunkt Nr. 093/05
- Bericht Postulat Koch: Verzicht eines Einbahnverkehrs auf der Arsenalstrasse Nr. 141/06
- Bericht Postulat Heini: LV-Verbindung zum Kulturwerkplatz Süd und zur Stadt Nr. 236/07
- Bericht Postulat Hauser: Velofalle beim Übergang Langsägestrasse zur Einfahrt zum Eichhofareal Nr. 278/08
- Bericht Postulat Nyfeler: Rad- und Fusswegrecht im Gebiet Kuonimatt / Schweighof Nr. 004/08
- Bericht Postulat Baumgartner / Hauser: Sichere Veloverbindung Kleinfeld / Südpol Nr. 005/08
- Bericht Postulat Müller: Sichere Veloverbindung Restaurant Obernau – Gewerbegebiet Renggloch (Garage Bolzern) Nr. 006/08
- Bericht Postulat Kalt: Trottoirergänzung Ringstrasse Nr. 064/09

9. *Interpellation Brunner: Plan und Verzeichnis der Grundstücke und Gebäude in Kriens* **Nr. 045/09**

Die Interpellation Brunner: "Plan und Verzeichnis der Grundstücke und Gebäude in Kriens" wird wie folgt beantwortet:

"Die Abteilung Liegenschaften / Bau des Baudepartements führt eine Liste mit allen Gebäuden des Finanz- und Verwaltungsvermögens der Gemeinde Kriens. Die aktuelle Liste ist der Beantwortung der Interpellation angefügt. Sie enthält die Grundstück- und Gebäude-Nummer, den Jahrgang des Gebäudes, die Adresse, die Gebäudebezeichnung und den Gebäudeversicherungswert für jede Liegenschaft. Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass die 134 Gebäude der Gemeinde Kriens im Finanz- und Verwaltungsvermögen total einen Gebäudeversicherungswert von 337 Millionen Franken haben.

Die Abteilung Liegenschaften / Bau arbeitet zudem mit der Software STRATUS Gebäude, in der alle Gebäude, die sich im Eigentum der Gemeinde Kriens befinden, erfasst sind. Mit dieser Software wird das Instandsetzungs-Management der Liegenschaften abgewickelt. Sie liefert Daten zum Volumen nach SIA und zum Neuwert pro m³ Volumen. Jeder Bauteil (Rohbau, Steildach, Flachdach, Fassade, Fenster, Wärmeerzeugung, Wärmeverteilung, Sanitär, Elektro, übrige Technik, Innenausbau 1, Innenausbau 2) ist mit dem Neuwert, dem Zustandswert, den

Instandhaltungskosten, den Instandsetzungskosten und dem notwendigen Zeitpunkt einer Instandsetzung erfasst. Die Daten umfassen gedruckt mehrere Seiten pro Liegenschaft und eignen sich nicht für die Veröffentlichung.

Das Verzeichnis der Liegenschaften des Finanzvermögens wird alljährlich im Rechnungsabschluss veröffentlicht. Die aktuelle Liste ist im Bericht und Antrag an den Einwohnerrat Nr. 049/09 (Rechnung 2008) auf den Seiten 40 bis 45 dargestellt. Daraus ist ersichtlich, dass die Gemeinde Kriens 146 Grundstücke mit 32 Gebäuden im Finanzvermögen hat. Der Gebäudeversicherungswert der Liegenschaften im Finanzvermögen beträgt total 50 Millionen Franken (bei einem Buchwert von 26 Millionen Franken).

Es gibt einen Plan der Grundstücke und von Wald im Eigentum der Gemeinde Kriens im Massstab 1:7'500 (Planformat 89 cm / 84 cm). Der Gemeinderat wird den Mitgliedern der Baukommission und pro Fraktion je ein Exemplar dieses Planes an der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2009 abgeben.

Eine Tabelle mit allen Angaben zu den Grundstücken und Gebäuden, wie sie mit der Interpellation verlangt wird, gibt es bisher nicht. Das Baudepartement schätzt den Aufwand für die vollständige Aufbereitung und Zusammenstellung der Daten und Informationen aller Liegenschaften auf ca. 200 Arbeitsstunden. Der Gemeinderat erachtet diesen Aufwand als unverhältnismässig und verzichtet deshalb auf das Erstellen einer Liste, da die notwendigen Ressourcen im Moment in der Abteilung Liegenschaften wegen der zahlreichen laufenden Projekte nicht vorhanden sind. Das Baudepartement ist gerne bereit, zu einzelnen Liegenschaften detailliert Auskunft zu geben."

Bruno Bienz fragt Joe Brunner an, ob er mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden ist und ob er eine Diskussion wünscht.

Joe Brunner dankt dem Gemeinderat für die Erarbeitung, er wusste nicht, dass für die Erstellung einer solchen Liste ein so grosser Aufwand betrieben werden muss.

Gemäss Bruno Bienz wünscht niemand eine Diskussion.

10. Postulat Portmann: Interessenkonflikte von Gemeindeparlamentarierinnen bzw. -parlamentarier, welche in einem Angestelltenverhältnis beim Kanton stehen
Nr. 071/09

Gemäss Bruno Bienz findet eine Diskussion statt, da der Gemeinderat für die Ablehnung des Postulats ist.

Der Ablehnungsantrag des Gemeinderates hat Peter Portmann nicht überrascht. Er hat auch nicht gefordert, dass Beamte nicht dem Parlament angehören dürfen, wie es zum Beispiel in Grossbritannien oder in den USA der Fall ist. Es geht ihm hauptsächlich um den Einfluss von Kantonsmitarbeitenden die massgeblich bei der Ausarbeitung und Vorbereitung von kantonalen Projekten mitarbeiten. Diese Personen gelten als befangen und müssen in den Ausstand

treten. Die Parlamente in der Schweiz sind bereits zur Beute der Verwaltungen geworden. Der Staat hat es im Laufe der Jahre fertiggebracht, sich als Institution geradezu perfekt gegen den Bürger zu schützen, in dem die Beamenschaft das Gesetz bedarfsweise nach ihren Vorteilen drehen kann. Der § 14 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes erweist sich ohnehin als Feigenblatt des Rechtsstaates, denn jeder Beamte kann sich im Prinzip offenbar darauf verlassen, loyal von den Kollegen gedeckt zu werden, da Fach- und Dienstaufsicht längst nur noch auf dem Papier besteht. Es geht um die Rettung der Demokratie und auch um den Rechts- und Machtmissbrauch gegen die Bürger. In Kriens könnte man eine Vorreiterrolle spielen. Peter Portmann bittet, das Postulat zu überweisen.

Gemäss Helene Meyer-Jenni ist man im Gemeinderat der Auffassung, dass die Unvereinbarkeit und die Ausstandsgründe im § 14 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes genügend geregelt sind.

Mirjam Kalt bittet die Wohnerrätinnen und Wohnerräte sich vorzustellen, sie alle hätten keine Interessen. Niemand würde im Wohnerrat Interessen vertreten, weder für die Kinder, noch für die Alten, nicht für die Ökologie, noch für die Finanzen, niemand würde sich einsetzen für den Erhalt der Sonnenbergbahn, oder für die Rechte der Tiere einsetzen, niemand wäre Interessensvertreter für die Quartiere, für die Kultur oder für sonst irgendwas. Das wäre super, denn dann gäbe es auch keine Interessenskonflikte, der Wohnerrat müsste weder Pro noch Kontra diskutieren, müsste keine Geschäfte in den Kommissionen behandeln, geschweige dann überhaupt für Abstimmungen zusammenkommen, denn niemand hätte Interessen und daher gäbe es auch nichts auszuhandeln.

Es ist im Leben eben so, dass man Interessen hat: Anliegen, Bedürfnisse, Sorgen, Wünsche, Interessen. Für Mirjam Kalt ist dies nicht hinderlich für die Arbeit, auch nicht im Wohnerrat, dies macht es im Gegensatz spannender, herausfordernder. Hinderlich ist eher das nicht darüber sprechen, die Tabuisierung von Interessen. Wenn man nicht weiss, welche Interessen eine Person wirklich hat, dann macht es undurchsichtig und wirkt zum Teil auch nicht authentisch. Das Anliegen von Peter Portmann ist es nun, möglichen Interessenskonflikten von Kantonsmitarbeitenden vorzubeugen. Erstens ist Mirjam Kalt davon überzeugt, dass die Transparenz viel wichtiger ist als die Verregelung. Zweitens ist dies gemäss des Antrages des Gemeinderates bereits in den bestehenden Verordnungen klar geregelt. Dies speziell für Angestellte des Kantons zu regeln finden die Grünen als unnötig, denn sonst müsste man dies möglicherweise auch anpassen für Mitarbeitende von Betrieben, der Verwaltung, bei Vertretern der Quartiere, bei Häuschenbesitzer, usw. Das Postulat von Peter Portmann ist zum Schluss als Motion formuliert. Er beantragt, das heisst er stellt eine klare Forderung und dies ist bei einem Postulat so nicht möglich. Die Grünen lehnen dieses Postulat geschlossen ab.

Gemäss Monika Marbacher nimmt die CVP/JCVP-Fraktion mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Gemeinderat das Postulat klar ablehnt. Das Anliegen des Postulanten ist im Verwaltungsrechtspflegegesetz mit detaillierter Regelung ausgeführt und in der Gemeindeordnung wird im § 8 auf diese Bestimmung hingewiesen. Auch die Unvereinbarkeitsgründe sind in § 7 der Gemeindeordnung genügend geregelt. Deshalb ist eine Anpassung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements sinnlos, es wäre ein Maulkorb für den Wohnerrat und einen solchen braucht man definitiv nicht. Die CVP/JCVP-Fraktion empfiehlt das Postulat klar zur Ablehnung.

Nach Simon Konrad steht in den Anstands- und Ausstandspflichten der Geschäftsordnung § 37: *Der Ausstand regelt sich nach den Vorschriften des kantonalen Verwaltungsrechtspflegesetzes. Ist es streitig, entscheidet an Ratsitzungen der Einwohnerrat und in Kommissions-sitzungen die Kommission.* Das Postulat fordert die Anpassung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements. In der Vergangenheit hat der Gemeindegeschreiber mit der nötigen Sensibilität die betroffenen Personen darauf aufmerksam gemacht, in den Ausstand zu treten. Bei Bauvorhaben und wie kürzlich bei Viktor Bienz ist die Ausgangslage meistens klar. Die FDP teilt das Anliegen des Postulanten, dass nicht nur Personen der Privatwirtschaft, sondern auch Kantons- und Gemeindeangestellte (wie Bernadette Hauser, Mario Urfer) bei Zweifel an der Unbefangenheit die Anstands- und Ausstandsregeln befolgen müssen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass kein Regelungsbedarf sondern eher ein Vollzugsproblem besteht. Nötigenfalls soll das Reglement anstelle der Gemeindeordnung angepasst werden und der Gemeindegeschreiber soll den Vollzug der Vorschriften sicherstellen. Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig.

Gemäss Judith Luthiger lehnt die SP-Fraktion das Postulat einstimmig ab, sie sehen keinen Handlungsbedarf. Die Beweggründe decken sich mit denjenigen des Gemeinderates.

Nach Thomas Lammer würde die FDP-Fraktion das Postulat weiter unterstützen, wenn Peter Portmann das Wort "Gemeindeordnung" streichen würde.

Helene Meyer-Jenni zitiert drei Absätze des § 14 aus dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege. Sie weiss nicht, was noch mehr geregelt werden könnte, als das was schon aufgeführt ist. Die Regelung ist klar vorhanden, nur die Umsetzung ist nicht sauber und korrekt. Der Einwohnerrat soll in Zukunft sofort einen Antrag stellen, wenn man das Gefühl hat, dass jemand in den Ausstand treten soll. Gesetze sollten sauber umgesetzt werden. Wenn jemand das Gefühl hat, dass das nicht gemacht wird, sollte man sich wehren.

Peter Portmann geht auf den Vorschlag der FDP ein und streicht das Wort "Gemeindeordnung".

Werner Baumgartner bittet, das Postulat abzulehnen. Die Begründungen der FDP sprechen eigentlich für die Ablehnung des Postulats. Offensichtlich hat es einmal einen Anlass gegeben, wo man das Gefühl hatte, dass jemand in den Ausstand hätte treten sollen.

Bruno Bienz ist der Meinung, dass das klar ein Thema in der Geschäftsleitung ist. Dort kann das angemeldet werden.

Johanna Dalla Bona gibt Helene Meyer-Jenni und Werner Baumgartner Recht. Die FDP wird also nicht einstimmig ablehnen.

Alexander Wili zitiert den § 40 in der Geschäftsordnung. Es sollte eine Regelung geben, dass z.B. kantonale Mitarbeiter in den Ausstand treten sollen, wenn es um ein Geschäft geht, welches sie vorbereitet haben. Deshalb stimmt er der Überweisung des Postulats zu.

Erich Tschümperlin ist nicht mehr ganz klar, was man denn noch reglementieren will, wenn Helene Meyer-Jenni sagt, dass schon alles geregelt sei. Gesetze auf Vorrat schaffen oder abändern findet er in diesem Fall unnötig.

Nach Simon Konrad basiert Liberalismus auf Eigenverantwortung. Wenn diese nicht wahrgenommen wird, kann dieser auch nicht leben. Wer was stimmen wird überlässt er jedem selbst.

Gemäss Werner Baumgartner ist § 40 ein sehr guter Paragraph, der alle Probleme löst. Wenn man nun da hinein "pflästerlet" kann man unendlich weiter machen. Aber ist es dann besser? Der kurze Satz reicht doch und es ist am Besten so.

Roland Burkhardt ist der Meinung, dass es eine Regelung mit 3 bis 4 Sätzen bräuchte. Es sollte nicht dem Zufall überlassen werden. Deshalb unterstützt er die Überweisung des Postulats.

Martin Heini begreift Roland Burkhardt überhaupt nicht. Im Einwohnerrat ist es immer dem Zufall überlassen, von welcher Partei wie viele Personen anwesend sind.

Joe Brunner würde noch nichts sagen, wenn es irgendeinmal schon einen solchen Fall gegeben hätte. Aber es ist bereits geregelt, was geregelt sein muss.

Gemäss Helene Meyer-Jenni ist im § 14 sehr viel geregelt. Das Postulat zielt genau auf eine spezielle Situation ab, der eines kantonalen Mitarbeiters. Wie verhält es sich dann mit Grundeigentümern, Firmen, usw. welche bei einem Geschäft betroffen sind? Der Gemeinderat ist nicht der Meinung, dass irgendetwas verletzt wurde.

Erich Tschümperlin ist ebenfalls der Meinung, dass man jetzt nichts punktuell machen kann. Was Werner Baumgartner gesagt hat ist einleuchtend. Ansonsten müsste man die Liste erweitern.

Räto Camenisch fragt sich, weshalb die kantonalen Mitarbeitenden noch nicht in den Ausstand getreten sind, wenn die Regelung so super ist.

Werner Baumgartner nimmt an, dass sie nicht in den Ausstand getreten sind, weil sie nichts mit dem Geschäft zu tun haben. Die SVP hätte den Antrag stellen können, dass sie in den Ausstand treten sollen.

Martin Heiz stellt den Ordnungsantrag nun abzustimmen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag:

Der Ordnungsantrag wird mit 26:1 Stimmen angenommen.

Baumgartner, Werner	Ja
Betschart, Daniel	Ja
Bienz, Viktor	Ja
Bründler, Anton	Ja
Bründler, Josef	Ja
Brunner, Joe	Ja
Burkhardt, Roland	Ja
Camenisch, Rätö	Ja
Dalla Bona, Johanna	Ja
Erni, Roger	Ja
Fluder, Hans	Ja
Frey, Maurus	Enthaltung
Graber, Kathrin	Ja
Hauser, Bernadette	Ja
Heini, Martin	Enthaltung
Heiz, Martin	Ja
Hug, René	Ja
Kalt, Mirjam	Ja
Kaufmann, Christine	Ja
Koch, Patrick	Ja
Konrad, Simon	Ja
Lammer, Thomas	Ja
Luthiger, Judith	Ja
Maldonado, Jennifer	Ja
Marbacher, Monika	Ja
Müller, Ursula	Enthaltung
Portmann, Peter	Ja
Thalman, Robert	Ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	Ja
Wili, Alexander	Ja

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 19:9 Stimmen abgelehnt.

Aufgrund eines Fehlers des elektronischen Abstimmungssystems steht bei dieser Abstimmung das detaillierte Ergebnis nicht zur Verfügung.

11. Motion Wili: Personalpolitische Auswirkungen der Budgetberatung Nr. 073/09

Gemäss Bruno Bienz findet eine Diskussion statt, da der Gemeinderat für die Ablehnung der Motion ist.

Nach Alexander Wili erklärt der Gemeinderat, dass man das Personalreglement und nicht die Geschäftsordnung ändern müsste, wenn man der Motion Folge leisten wolle. Er ist mit der Änderung des Personalreglements einverstanden. Bei Annahme der Motion hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine entsprechende Änderung zu unterbreiten. Der Gemeinderat behauptet, eine entsprechende Änderung des Personalreglements könnte nur nach einer Änderung der Gemeindeordnung stattfinden. Diese Behauptung ist falsch. Die Gemeindeordnung hat nicht die Kompetenzen des Einwohnerrates eingeschränkt. Wenn das Wort "Stellenplan" in der Gemeindeordnung nicht ausdrücklich aufgeführt ist, heisst das nicht, dass der Einwohnerrat bei der Stellenplanung machtlos ist, wie dies der Gemeinderat meint. Die Haltung des Gemeinderates widerspricht der demokratischen Ordnung. Der Einwohnerrat vertritt das Volk. Er ist nach dem Volk das höchste politische Organ. Wenn der Einwohnerrat die Planung des Gemeinderates als gebundene Ausgabe hinnehmen muss und nichts daran ändern darf, werden die demokratischen Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Nicht der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat zu befehlen, sondern umgekehrt. Die ganze Budgetberatung, wie man sie beim letzten Budget erlebt hat, hätte gar keinen Sinn mehr, wenn sie nicht bindende Wirkung haben darf.

Gemäss Paul Winiker stellt der Gemeinderat die Budgethoheit des Einwohnerrates überhaupt nicht in Frage. Es sollte stufengerecht sein. Er ist für saubere und klare Spielregeln. Die Stellenpläne zu erstellen ist eine Aufgabe der Exekutive. Verträge und Fristen sind zu respektieren und somit handelt es sich um gebundene Ausgaben. Zwischen dem Auftraggeber und der Exekutive sollte man auf der einen Seite den Leistungsauftrag sehen und auf der anderen, welche Mittel bereitgestellt werden um diesen zu erfüllen.

Nach Guido Solari steht in Art. 36 der Gemeindeordnung, dass für alles, was nicht einem bestimmten Organ zugewiesen ist, der Gemeinderat zuständig ist. Wenn der Einwohnerrat dem Stellenplan zustimmen will, müsste man ihm die Kompetenz dafür zuweisen.

Erich Tschümperlin, namens der Grünen-Fraktion, hat die Motion mit grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Erstaunt waren sie deshalb, weil hier an einem Grundpfeiler der Demokratie gerüttelt wird, an der Gewaltenteilung. Auf den ersten Blick kann man den Eindruck bekommen, dass diese Motion durchaus ihre Berechtigung hat. Der Einwohnerrat kann ja zu allem etwas sagen. Aber das kann und darf er eben doch nicht. In einem Rechtsstaat gilt die Gewaltentrennung. In der Gesetzgebung von Kriens sind die Zuständigkeiten klar geregelt. Das Konzept der einzelnen Zuständigkeiten ist aufeinander abgestimmt, sinnvoll und effektiv. Die Stellungnahme des Gemeinderates zeigt dies klar auf. Die Annahme der Motion würde dazu führen, dass die operative Führung der Gemeinde nicht mehr in einer Hand und somit in einer Verantwortung liegt. Wer übernimmt dann die Verantwortung in der Exekutive, wenn beim Budget punktuell und spezifisch gestrichen wird? Kann der Gemeinderat noch haftbar gemacht werden? Wohl kaum, denn wo er keinen Spielraum, keine Kompetenz hat, kann er

dies auch nicht verantworten. Abgesehen von der Gewaltenteilung ist die Vorstellung, dass Personalentscheide an der Budgetdebatte gefällt werden, unvorstellbar. Kriens verliert damit sein Image als verlässliche Arbeitgeberin. Das Personal wird zum Spielball politischer Einzelinteressen. Es ist eine unqualifizierte Personalpolitik, da man weder die Qualifikationen der Personen noch deren Leistungsausweis kennt, sondern sich von seinen persönlichen Erlebnissen leiten lässt. Für die Mitarbeitenden der Gemeinde Kriens würde dies zu unberechenbaren Situationen führen. Z.B. soll man bei der Bauabnahme eines Hauses eines Einwohnerrats nun besser ein oder besser zwei Augen zudrücken oder riskiert man bei der nächsten Budgetdiskussion einen Streichungsantrag der eigenen Stelle? Solche und ähnliche Situationen wären wohl an der Tagesordnung. Die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen müssen aufpassen, dass sie nicht aus persönlichen Motiven Entscheidungen fällen, die mit einer sauberen, rechtsstaatlichen Struktur nichts mehr zu tun haben, sondern eher zu einer Bananenrepublik passen. Dass der Einwohnerrat Angestellte entlässt oder Pensen reduziert gehört nun definitiv nicht zu seinen Aufgaben. Wenn Kriens weiterhin kompetente, engagierte und auch mutige Mitarbeitende will muss man zu dieser Motion nein sagen. Die Grüne-Fraktion lehnt die Motion geschlossen ab.

Gemäss Christine Kaufmann ist für die CVP/JVP-Fraktion unbestritten, dass die Budgethoheit beim Einwohnerrat sein muss. Die Grundaussage der Motion betreffend Budgeteinhaltung können sie nachvollziehen. Auch für die CVP/JCVP ist es wichtig, dass die Budgetkorrekturen, welche vom Parlament vorgenommen wurden, berücksichtigt werden müssen. In der neuen Gemeindeordnung von Kriens wird das Prinzip der Gewaltentrennung bestätigt. Das Personalreglement der Gemeinde Kriens beinhaltet eine solche Regelung. Die Aufgaben des Einwohnerrates im Personalwesen sind das Erlassen des Personalreglements und die Beschlussfassung über die Anpassung der Löhne an die Teuerung. Die Aufgaben des Gemeinderates betreffend Personalwesen sind die Detailnominierung des Personalwesens und das Erstellen des jährlichen Lohnkostenbudgets. Somit ist ganz klar, dass Personalpolitik die Aufgabe des Gemeinderates und nicht des Einwohnerrates ist. Es kann nicht sein, dass der Einwohnerrat durch Budgetkürzungen den Gemeinderat zwingt, Mitarbeitenden zu kündigen, nur weil sie dem Einwohnerrat aus politischen Gründen nicht in den Kram passen. Kündigungen aus politischen Gründen würden dem Ansehen der Gemeinde Kriens als Arbeitgeberin massiv schaden. Die CVP/JCVP-Fraktion ist irritiert, dass Juristen diese Motion unterzeichnet haben, denn die Motion widerspricht der Gesetzgebung und der Gewaltentrennung. Spielregeln sind da um sie einzuhalten. Die Mehrheit der Fraktion lehnt die Überweisung der Motion Willi ab.

Nach Peter Portmann gibt es manchmal auch Situationen in welchen der Staat oder eine Gemeinde sparen muss. Wenn Ausgabenkürzungen nicht reichen um mit rezessionsbedingten Mindereinnahmen Schritt zu halten, muss man den Hebel beim Personalbestand ansetzen. Man muss sich immer wieder überlegen, was Pflicht und was Kür ist. Peter Portmann möchte auch daran erinnern, dass der Einwohnerrat die Volksvertretung ist. Wenn der Einwohnerrat eine Budgetkürzung beschliesst, hat sich die Exekutive auch daran zu halten. Die Stellungnahme des Gemeinderates zur Motion Willi zeigt wieder einmal auf, dass ein Parlament nichts zu sagen hat. Alles nur Makulatur. Die Aussage "sollte neu auch der Einwohnerrat für den Stellenplan zuständig sein, setzt dies eine Änderung der Gemeindeordnung mit obligatorischem Referendum voraus" wäre vielleicht nicht das dümmste. Peter Portmann möchte auch daran erinnern, wie es in der Privatwirtschaft ist. Wenn das Geld nicht mehr ausreicht, werden auch Mitarbeitende entlassen. Oder man denkt an die Synergieeffekte bei einer Fusion von zwei oder mehreren Gemeindewesen. Da geht es auch nicht ohne Entlassungen. Die Staatlich

geschützten Werkstätten sollen endlich der Vergangenheit angehören. Die Mitglieder der SVP-Fraktion sollen das Stimmen, was sie für richtig halten.

Die SP opponiert dieser Motion nach Judith Luthiger einstimmig. Der Antrag behindert den Gemeinderat in der sofortigen Handlungsfähigkeit im operativen Geschäft. Wenn man sich vorstellt, dass der Gemeinderat jedes Mal vor den Einwohnerrat müsste, wenn er eine neue Stelle schaffen will und um einen Nachtragskredit bitten müsste. Neue Stellen wurden in der Vergangenheit nicht einfach ohne Bedarfsabklärungen aus dem Blauen errichtet und sind normalerweise vorgängig budgetiert worden. Es kann und darf nicht Sache des Einwohnerrates sein, personalpolitische Entscheide zu fällen. Das jeweilige Departement muss einen Handlungsspielraum haben, die vom Einwohnerrat beschlossenen Einsparungen vorzunehmen. Es wird beispielsweise nicht genau vorhersehbar sein, wie viele neue Stellen im Sozialamt aufgrund der steigenden Arbeitslosenzahlen geschaffen werden müssen. Das RAV wird momentan von Arbeitslosen überrannt. Steigende Arbeitslosigkeit hat meistens, zeitlich etwas verzögert, zusätzliche Anträge für Sozialhilfe in den Gemeinden zur Folge. Man wird Stellen budgetieren müssen, aber kann man genau budgetieren, wie viele Stellen dies sein müssen? Was passiert, wenn der Einwohnerrat genau diesen Budgetposten beschneidet? Sollte dieses Szenario eintreffen, so müsste der Gemeinderat zuerst den Einwohnerrat fragen, ob er zusätzliche Stellen schaffen darf. Dabei verstreicht wertvolle Zeit. Die Angestellten müssten zahlreiche Überstunden leisten und einzelne Anträge könnten nicht mehr seriös abgeklärt werden. Angestellte würden möglicherweise in ein Burnout hineinlaufen. Im Stress würden Fehlentscheide getroffen und es könnten sogar Mehrkosten entstehen. Solche Tatsachen würden sich schnell herum sprechen und die Gemeinde Kriens würde es je länger je schwerer haben, gute und motivierte Arbeitskräfte zu finden.

Die SP will nicht in das operative Geschäft des Gemeinderates eingreifen. Für sie ist die klare Trennung von operativen und strategischen Entscheiden wichtig. Der Einwohnerrat soll bei der Gestaltung des Stellenplanes kein Mitwirkungsrecht haben. Deshalb ein klares Nein zur Motion. Interessant wäre noch zu erfahren, welche Vorfälle der Motionär in seinem Vorstoss anspricht. Vielleicht könnte Alexander Wili sich dazu konkret äussern.

Paul Winiker stellt fest, dass offensichtlich ein gewisses Unbehagen betreffend die Budgetdiskussion im Rat vorhanden ist. Es wurden jedoch Massnahmen getroffen um die Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen. Der Stellenplan ist selbstverständlich etwas wichtiges im Budget. Es sollte transparent ausgewiesen werden, wie es im vergangenen Jahr war und wie im kommenden. Er empfiehlt dem Einwohnerrat, der Finanzkommission den Auftrag zu geben, dies abzuklären.

Martin Heini ist der Meinung, dass es in der Privatwirtschaft so funktioniert, dass die Stellenpläne auf den Stellenebenen aufgestellt werden, die Stellenleiter führen diese zusammen und die Geschäftsführung genehmigt oder lehnt dann ab. Der Verwaltungsrat greift nicht mehr auf die Stellenpläne zurück.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass der Einwohnerrat entweder die Budgethoheit haben soll oder nicht. Wenn er sie aber hat, dann müssen die Einwohnerrätinnen bzw. Einwohnerräte Einsicht in die Stellenpläne haben.

Nach Roland Burkhardt weiss Martin Heini offensichtlich nicht, wie das in der Privatwirtschaft läuft. Wenn ein Unternehmen in einer Krise ist, beschliesst zum Beispiel auch die Geschäftsführung, dass 50 % der Stellen abgebaut werden müssen.

Erich Tschümperlin hat noch nie erlebt, dass in einer Firma 50 % der Stellen abgebaut werden, das geht auch gar nicht. Der Einwohnerrat kann bei den Sondersteuern und bei anderen Posten auch nicht bestimmen, wie hoch die Einnahmen sein werden. So gibt es auch Posten die der Einwohnerrat nicht kürzen kann.

Abstimmung:

Die Motion wird mit 14:13 Stimmen überwiesen.

Aufgrund eines Fehlers des elektronischen Abstimmungssystems steht bei dieser Abstimmung das detaillierte Ergebnis nicht zur Verfügung.

12. Petition: Planung eines neuen Pflegeheimes

Nr. 079/09

Nach Bruno Bienz gelten für eine Petition nach § 21 der Gemeindeordnung sinngemässe die Verfahrensbestimmungen eines Postulates gemäss Art. 51 ff der Geschäftsordnung.

Der Petition wird nicht opponiert.

Schluss

Bruno Bienz verteilt die Preise für den Wettbewerb des Einwohnerratsausfluges.

Die konstituierende Einwohnerratssitzung findet am 3. September 2009 statt. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt. Bruno Bienz wünscht allen eine schöne politfreie Sommerzeit, sei es im Garten, in den Bergen, am Meer oder sonst wo.

Viktor Bienz wäre froh, wenn sich noch einige Einwohnerrätinnen bzw. Einwohnerräte für die Mithilfe bei der Kulinarischen Wanderung vom 4. Oktober 2009 bei ihm melden würden. Es werden noch ca. 10 Personen benötigt.

Die Sitzung wird um 19:00 Uhr geschlossen.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates



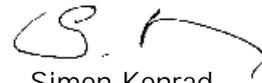
Bruno Bienz
Einwohnerratspräsident



Guido Solari
Gemeindeschreiber



Toni Bründler
Stimmzähler



Simon Konrad
Stimmzähler



Petra Burkhart
Protokollführerin



Yvonne Rösli
Protokollführerin